

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

184 (12.8.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musefunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 S. Samstag 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle
20 S., auswärts 25 S., Reklamen 80 S., Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Geora Schöpllin; für die Redaktion verantwortlich: Ger-
u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: mann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Der Zollwucher in 2. Lesung fertig

Der Zollblock diktiert rücksichtslos — Das Zentrum hilft mit bei der Ausplünderung des Volkes — Unwürdige Szenen durch neue zwangsweise Ausweisungen von Kommunisten

Berlin, 10. Aug. Das unerhört provokatorische Verhalten des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef hat am Montag wieder im Reichstag zu Szenen geführt, die alles, was bisher dort festgesetzt werden konnte, in den Schatten stellen muß. Es wurden wiederum eine Anzahl kommunistischer Abgeordneter mit Polizeigewalt aus dem Saale geführt. Die Szenen, die sich bei diesem Akt abspielten, lassen sich schwer wiedergeben. Demgegenüber steht aber auch das absolut provokatorische Auftreten des Vizepräsidenten, der sich in seiner unkontrollierbaren Erregung so weit hinreißen ließ, anzudrohen, wenn die Ruhe nicht eintrete, die gesamte kommunistische Fraktion aus der Sitzung auszuschließen. Dazu hat er nicht das Recht, und außerdem wäre ein solches Vorgehen der Aufsicht zu noch wüsteren Zusammenstößen gewesen, wie wir sie leider erlebt haben.

Die Vorgänge haben natürlich große Erregung geschaffen. Fest steht, daß unter Leitung eines gewissen und sich seiner Verantwortung bewußten Präsidenten solche unwürdigen Szenen nicht entstehen konnten. Der Vizepräsident Graef hat in seiner ganzen Art absolut erkennen lassen, daß es ihm darauf angekommen ist, an dem Konflikt zu profitieren. Er ist vielmehr durch sein Benehmen den Kommunisten entgegengekommen. Deren Gefahren, auch das muß immer wieder unterstrichen werden, trägt nicht dazu bei, Achtung vor dem Deutschen Reichstag und Achtung vor der deutschen Volkserziehung zu erhalten. Außerdem schädigt es die Interessen der Arbeiterschaft absolut.

Die Tagung verlief am Nachmittag sonst ruhig und ohne Störung. Es redeten die Oppositionsparteien; nur einmal erhob sich auch eine Angehörige der Regierungsparteien, um ein paar Worte zu sagen. Im übrigen blieb es bei der Methode, die man im Ausschuß bereits geübt hatte, d. h. man war sich einig, pochte auf seine zahllose Ueberlegenheit und ließ die Opposition reden. Von unserer Seite benutzten die Genossen Krahig, Wiffel, Georg Schmidt, Wurm, Dismann, Toni Sender und Breitfeld die Gelegenheit, um noch einmal das verwerfliche Vorgehen der Regierung und ihrer Parteien mit dieser Zollpolitik zu kennzeichnen.

Sitzungsbericht 117. Sitzung

Bei Eröffnung der Sitzung beantragt Abg. Stöder (Kom.) polizeiliche Wertung der Sitzung und beweislos gleichzeitige Beschlusfähigkeit. Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal. — Vizepräsident Graef erklärt nach etwa fünf Minuten, das Büro könne sich nicht einigen, es müsse ausgesetzt werden.

Während die Stimmkarten ausgezählt werden, richtet Vizepräsident Graef an die Kommunisten die Frage: „Herr Abg. Schütz, ist es richtig, daß Sie herausgerufen haben: Sie sitzen hier! — Durch Zuruf weist Abg. Dittmann (Sos.) darauf hin, daß vor der Feststellung der Beschlusfähigkeit die Sitzung formell gar nicht stattfindet. — Die Ausschlusung ergibt die Anwesenheit von 238 Abgeordneten. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. — Der Vizepräsident beraumt sofort eine neue Sitzung auf 11 Uhr an.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung fragt Vizepräsident Graef, ob der Abg. Schütz (Kom.) sich zu dem Zuruf bekenne „Sie sitzen hier da oben!“ Es stellt sich heraus, daß Abg. Schütz nicht im Saale ist. Vizepräsident Graef erklärt, die vom Abg. Schütz gegen den Präsidenten gerichtete Beschimpfung sei so groß, daß ein Ordnungsruf nicht eine ausreichende Sühne sei. Er schließt darum den Abg. Schütz für den Rest der Sitzung aus. — Abg. Stöder (Kom.) beantragt, mit Rücksicht auf die überlange Dauer der Sitzungen möge den überanstrengten Arbeitern und Angestellten des Reichstags eine einmalige Zugabe von 300 M. und während der langen Sitzungen warmes Bier, die Absicht des Antrages sei so durchsichtig, daß er in diesem Augenblick nicht angenommen werden könne. (Lärm bei den Komm.) — Abg. Koch-Weser (Dem.) schlägt vor, den Antrag sofort dem Vorstand und dem Sekretariat zu überweisen. (Zustimmung.) Die von den Kommunisten verlangte sofortige Abstimmung über den Antrag wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt.

Abg. Stöder (Kom.) protestiert dann dagegen, daß Abg. Schütz von der Sitzung ausgeschlossen wurde, bevor der Präsident festgestellt konnte, ob die gerügte Äußerung überhaupt von Schütz kam. Der Redner beantragt Vertagung und sofortigen Zutritt des Reichstags. — Vizepräsident Graef lehnt zunächst eine Abstimmung ab. Als er auf lärmende Zurufe der Kommunisten die Unterführungsfrage stellt, erheben sich nur die Kommunisten.

Darauf wird mit der Einzelberatung der Agrarzölle begonnen. Abg. Geora Schmidt-Rödenig (Sos.) stellt gegenüber dem völkischen Abg. Graefe und dem deutschnationalen Abg. Rippel fest, daß Herr Max Cohen nicht Ver-

treter der Sozialdemokratie sei. Der Redner fühlte sich frei von Antisemitismus, aber er müsse doch folgendes feststellen: Wenn der bekannte Antisemit Rippel um Argumente verlegen sei, so könne er sich nur noch auf den Juden Cohen berufen. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Behrens habe sich über die Bemerkung Silberdinas verlegt gefühlt, wonach seine Liebe zum Land und größer sei als zu den Christlichen Gewerkschaften. Es sei doch Tatsache, daß „Der Deutsche“ sich wiederholt mit Herrn Behrens auseinandergesetzt habe. Im Reichswirtschaftsrat sei doch auch von christlicher Seite erklärt worden, man dürfe die Trennungslinie gegen die gelben Gewerkschaften nicht so scharf ziehen, weil man Rücksicht nehmen müsse auf den Deutschen Nationalen Handlungsabstimmungsverband und den von Herrn Behrens geleiteten Landarbeiterverband. (Hört! Hört! bei den Sos.)

Der Reichsanwalt Dr. Lutzer hat behauptet, daß die Regierung nachdrücklich sich für den Preisabbau bei allen in Betracht kommenden Wirtschaftsorganisationen eingesetzt habe. Nach den bisherigen Erfahrungen mit diesen Antragsanträgen sei es schade, daß das Inkrafttreten des Zolltarifs nicht auf den 1. April festgesetzt worden sei. Dann hätte das deutsche Volk diese „Preisberaubung“ als einen Preisfall angesehen erhalten. Der Redner äußert die Hoffnung, daß der Reichsanwalt Dr. Lutzer bei seinem Regierungsantritt abgegeben hat, in der die Sicherung einer einträglichen Existenz für alle Arbeiter, Anstellten und Beamten und die Befundung des Wirtschaftslebens verprochen worden sei.

Mit diesen Versprechungen steht die Politik der Rechtsregierung in ihrem Widerspruch.

Se länger die Regierung Lutzer amtiert, desto inaktiver sind in sozialer Beziehung die Reden des Herrn Lutzer. Die Frauen, die wissen, was der Lebensunterhalt jetzt kostet, brauchen von Herrn Lutzer keine volkswirtschaftlichen Belehrungen über „richtige Verordnungen“. Der Redner empfiehlt dem Reichsanwalt, eine Versammlung von Arbeitern zu besuchen und dort seine Belehrungen zum Besten zu geben. Wer jemals in seiner Jugend ausgeschunert und gekoren hat, der wird sich hüten, mit solchen Redewendungen die soziale Not der Massen zu betäufeln. (Leb! Leb! b. d. Sos.)

Gegenüber dem Zentrumsgesandten Ehrhardt fragt der Redner das Zentrum, wann die Sozialdemokratie jemals für Industriewerke, aber nicht für Agrarzölle eingetreten sei. Diese Behauptung sei falsch, die Sozialdemokratie hat weder die eine noch die anderen Zollforderungen vertreten. Als Gewerkschaftler müsse man an den Anspruch des Zentrumsgesandten Giesberts vor 25 Jahren erinnern, wonach die christlichen Gewerkschaften nicht dazu da seien, den Preisblock gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Heute glauben einzelne christliche Gewerkschaftsführer mit der Sozialdemokratie fertig werden zu können.

Schmidt wendet sich dann in schärfster Weise gegen das Landwirtschaftsministerium, das schon lange als ein Ministerium des Reichsstandes bezeichnet worden sei. Daß die Sozialdemokratie keine Gegnerin der Landwirtschaft sei, habe aus dem großen Antrag hervor, den die sozialdemokratische Fraktion zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion gestellt hat. Es sei aber schon immer so gewesen, daß das, was die Sozialdemokratie forderte, erst abgelehnt wurde, um später als Anträge anderer Parteien wiederzukommen. Man braucht in dieser Beziehung nur an das Schicksal der Sozialpolitik zu denken. Diese Wirtschaftspolitik, so schließt der Redner, ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik des ostbayerischen, altpreussischen Junkertums. Heute wird wieder die nachste Interessentenpolitik getrieben, es wird altes, deutsches Kulturland im Westen veräußert gegen ostbayerische Junkerinteressen. Einer solchen Politik sagen wir Sozialdemokraten den schärfsten Kampf an. (Leb! Leb! bei den Sos.)

Als Schmidt-Rödenig geendet hatte, erklärt Vizepräsident Graef, er habe bemerkt, daß der ausgewiesene Abg. Schütz den Saal betreten habe; er fordert Schütz zum Verlassen des Saales auf. — Abg. Schütz kommt dieser Aufforderung nicht nach. Vizepräsident Graef unterbricht deshalb die Sitzung auf zehn Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Vizepräsident Graef fest, daß Abg. Schütz (Kom.) durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, sich automatisch auf acht Sitzungsstunden ausgeschlossen habe. — Von den Kommunisten wird laut gerufen: „Sie haben nicht einmal den Reichstagsrat einberufen!“ Diese Ausrufe stören sich, als der Vizepräsident den Abg. Schütz auffordert, nunmehr den Saal zu verlassen. Er erklärt darauf der Zeitpunkt für die Einberufung des Reichstags sei in das ständemäßige Ermessen des Präsidenten gestellt. Da Abg. Schütz auch der zweiten Aufforderung nicht folgt, erklärt der Vizepräsident, er habe sich damit automatisch auf 20 Sitzungsstunden ausgeschlossen. Er werde jetzt den Abg. Schütz gewaltsam aus dem Saale entfernen lassen.

Auf Veranlassung des Präsidenten werden jetzt die Publikumstribünen geräumt. Die Mehrzahl der Abgeordneten verläßt den Saal. Acht Polizeibeamte in Zivil betreten den Saal, von den Kommunisten mit Lärm empfangen. Sie treten auf den Abg. Schütz zu, der auf seinem Platze sitzt, und der Führer redet auf ihn ein. — Man beobachtet einen kurzen

Wortwechsel, dann lassen die Beamten den Abg. Schütz im Ge-
nid und zerran den sich Sträubenden gewaltsam aus dem Saal.
Ein anderer Beamter gerät ins Sandgemene mit anderen
kommunistischen Abgeordneten. Die Kommunisten beateiten
diese Szene mit „Hut“-Rufen, während einige Abgeordnete der
Rechten Bravo! rufen. — Als Vizepräsident Graef dann den
Saal wieder betritt, rufen einige Kommunisten: „Da kommt
der Sausnecht!“

Abg. Stöder (Kom.) protestiert in einer Geschäftsord-
nungsbemerkung gegen das Auftreten der Beamten, die den
Abg. Schütz, der ihrer Aufforderung sich gar nicht widersetzt
habe, brutal und wiehisch behandelt hätten. Offenbar hätten
sie entsprechende Sanktionen erhalten. — Die Kommunisten
beateiten diese Ausführungen mit Entrüstungsausdrücken.
Vizepräsident Graef erteilt dem nächsten Redner zur Sache, dem
Abg. Kuk (Kom.) das Wort. — Jetzt weisen die Kommuni-
sten durch erteilte Zurufe darauf hin, daß die Tribünen noch
immer geräumt sind. Der Vizepräsident erklärt, die Defekt-
sicherheit sei wieder hergestellt. Die Kommunisten bestreiten das
in lärmenden Zurufen. Ein Kommunist ruft: „Schämen Sie
sich, Herr Präsident!“ Darauf weist der Vizepräsident den Abg.
Weber aus dem Saale, und unterbricht, als Weber der Auf-
forderung nicht folgt, wiederum die Sitzung. — Als in der
Pause der Vizepräsident auf einen Moment den Saal betritt,
weist Abg. Neubauer (Kom.) auf die noch immer geschlossenen
Tribünen und ruft: „Herr Präsident, Sie haben die Un-
wahrheit gesagt!“ Andere Kommunisten rufen: „Signer!“
Nach etwa fünf Minuten werden die Tribünenbesucher wieder
eingelassen.

Vizepräsident Graef betritt, von kommunistischen Huftrufen
empfangen, den Saal wieder und erklärt, er habe in der Zwi-
schenseit festgehalten, daß nicht Abg. Weber, sondern Abg. Tor-
tor (Kom.) den Zuruf „Schämen Sie sich!“ gemacht habe.
Die Ausweisung treffe also den Abg. Torator. Mehrere Kom-
munisten rufen: „Das haben Sie ja auch nicht einwandfrei
festgestellt!“ Abg. Torator (Kom.) ruft: Sie haben gelogen,
als Sie behaupteten, die Defektssicherheit sei wieder hergestellt.“
Abg. Torator bleibt im Saale, und die Sitzung wird noch ein-
mal unterbrochen.

Nach dem Wiederertritt des Vizepräsidenten Graef rufen
die Kommunisten: „Sie verletzen ja andauernd die Geschäfts-
ordnung!“ Vizepräsident Graef ruft: „Ich mache Sie darauf
aufmerksam, daß ich, wenn Sie nicht Ruhe geben, nicht davon
zurücktreten werde, unter Umständen die ganze kommunistische
Fraktion auszuweisen!“ Darauf antworten die Kommunisten
mit lauten Protestrufen. Der Vizepräsident weist die Kom-
munistischen Abgeordneten Münzberg, Neubauer, Hedder-
meyer und Creusburg aus dem Saale. Die Abgeordneten
bleiben im Saale. Einige Kommunisten rufen: „Creusburg ist
in Hamburg!“ — Bei der Wiedereröffnung der Sitzung stellt
der Vizepräsident fest, daß die Abg. Torator, Gehele, Münz-
berg und Heddermeyer noch im Saale sind. Er unterbricht
nochmals die Sitzung und läßt die Tribünen räumen, um die
Ausgewiesenen gewaltsam entfernen zu lassen. — Etwa sieb-
zehn Polizeibeamte vollziehen dann den Ausschluß, ohne zur
Gewaltanwendung genötigt zu sein. Die Kommunisten rufen:
„Wir meinen der Gewalt!“ „Das ist die Zollpolitik der Lu-
ther-Regierung!“ Vizepräsident Graef beobachtet den Akt von
der Reichratsgalerie. Die Kommunisten rufen: „Er laßt noch
dazu, der Henker!“ — Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilt
Vizepräsident Graef mit, daß er nunmehr den Reichstagsrat auf
3 Uhr einberufen habe unter der Voraussetzung, daß bis dahin
die Zwischenfälle aufgehört haben.

Abg. Kuk (Kom.), der dann das Wort zur Sache erhält,
wendet sich zunächst gegen den Vizepräsidenten Graef. Auf der
Reise von Hamburg nach Berlin hätten mehrere deutschnatio-
nale Abgeordnete sich laut unterhalten und gesagt: „Unser
Graef hat die Opposition lobgepfeift und weicht sie weiter.
— Notwendig ist ein tüchtiger General, der von den Reels 200
bis 300 an die Wand stellt!“ (Lärm bei den Komm.: „Mörder-
geinbel!“) Abg. Kuk sucht dann nachzuweisen, daß die Zoll-
vorlage eine unerträgliche Verteuerung aller Lebensmittel
und Bedarfsartikel der arbeitenden Massen herbeiführen werde.
— Abg. v. Nisthofen (Dem.) verweist auf Ausführungen von
Prof. Levy im „Berl. Tageblatt“, in denen nachgewiesen werde,
daß Deutschlands Lage in der Weltwirtschaft zur Währungs-
in den Zollfällen nötiage. Im Interesse der Landwirtschaft liege
eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel.
— Abg. v. Graefe (Wölk.) wendet sich in scharfen Worten gegen
die „Deutsche Tageszeitung“, deren Schriftleiter Adermann
seine letzte Rede in verlogener Weise entstellte habe. Die
Deutschnationalen und der Landbund, dessen Organ die
„Deutsche Tageszeitung“ sei (Widerpruch bei den D.N.), hät-
ten die Pflicht, dieser schwindelhaften Zollmagogee entgegen-
zutreten. — Der Redner gerät bei diesen Ausführungen in
einen heftigen Wortwechsel mit dem Abg. Radtzens (D.N.).

Abg. Frau Wurm (Sos.):

Die Agrarier fordern Landwirtschaftszölle zum Ausgleich
für die Industriewerke. Das ist nichts anderes als eine kurz-
sichtige Interessenpolitik auf Gegenseitigkeit. Die Agrarzölle
schaffen keine Intensivierung, sondern bringen einen Schutz
nur der technisch zurückgebliebenen Betriebsformen. Es ist ein
Widerstreit, gleichzeitig Zölle auf Futtermittel mit den Zöllen
auf Vieh, Fleisch und tierische Erzeugnisse zu ver-
langen. Hier würde ein Schutzoll den anderen tobsagen.
Daß man die Bevölkerung besser und billiger ohne Zoll ernäh-
ren kann, zeigt England, das Hauptimportland für Fleisch,
Vieh- und Fleischzölle müssen die Fleischsteuerung noch erheblich

verschärft. Wir sind gegen diese Zölle auch aus dem Grunde, weil sie die handelspolitische Verständigung erschweren würden. Auch die Erhöhung der Einfuhr von Gefrierfleisch lehnen wir ab. 1924 betrug die Einfuhr von Gefrierfleisch 3,5 Proz. des Gesamtverbrauchs an Fleisch und tierischen Fetten. Eine ernsthafte Konkurrenz für das Gefrierfleisch kommt also hier nicht in Frage. Wir fordern die freie Einfuhr des Gefrierfleisches und lehnen die Kontingentierung ab. Die Rückwirkung der Verteuerung des Viehs muß eine weitere Erhöhung von Milch, Butter und Käse bringen. Mit welcher Verteuerung wir hier zu rechnen haben, geht schon daraus hervor, daß die Frischmilch trotzdem sie noch zollfrei eingeführt werden kann, heute schon 35 Pfg. gegen 18 Pfg. der Vorkriegszeit kostet.

Wie tief die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung jetzt schon ist, erkennt man daran, daß eine dem Konsumverein angehörige Familie bei uns jährlich für 140 bis 160 Mark kauft, in der Schweiz dagegen 900 bis 1000 Mark, in England sogar für 1400 bis 1500 Mark. Wie wenig ernst es den Führern der Agrarier mit der Förderung nach Berufsausbildung der Landwirte ist, sieht man in Thüringen, wo die frühere sozialistische Regierung Berufsschulen geschaffen und der Landwirte zu ihrem Posten aufgerufen hatte. Die jetzige Ordnungsbundregierung hat alle Strafbefehle gegen die Schuldiener an diesem Schulstreik wieder zurückgezogen. Wir fordern im Interesse der Intensivierung der Landwirtschaft eine durchgreifende Fortbildungspolitik besonders für die Landjugend. Von dieser Zollpolitik wird jedoch kein Aufstieg der Landwirtschaft ausgehen. Aber selbst diese Zölle nennt der unerfährliche Landbund „magere Bissen“. Der Triumph, den heute die Kompromißparteien durch ihre Politik erringen werden, wird die Niederlage von morgen sein. Die arbeitende Bevölkerung wird sich bei einer solchen Politik nicht beruhigen. Sie wird eine handelspolitische Durchsetzung, die nicht einer kleinen Oberschicht, sondern der Mehrheit des Volkes dient. (Leb. Beifall bei den Sos.)

Abg. Wendt (Komm.) bezeichnet die jetzige Regierung und ihre Reichstagsmehrheit als ein Klasseninstrument des Kapitals zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die Zollvorlage sei dafür der beste Beweis.

Abg. Wiffell (Sos.) bekämpft die Industriegölle der Vorlage. Die Regierungsparteien hätten in ihrer Erklärung mit erzkühler Offenheit zugegeben, daß sie selbst die Annahme der Zollvorlage als einen Schritt ins Unwissen ansehen. Gewiß sei aber, daß die Zölle auf alle Waren verteuert würden und den inneren deutschen Markt noch mehr beschränken würden zum Schaden der deutschen Wirtschaft.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Dem.) sieht in den Industriegöllen der Vorlage eine schwere Schädigung der Fertigungsindustrie, der mittleren Landwirtschaft, des Einzelhandels und des deutschen Handwerks. — Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) bezeichnet die Begründung der Zollpositionen als ganz unzulänglich, ja geradezu verantwortungslos. — Abg. Kemmer (Dem.) wendet sich gegen die Zölle auf Rohstoffe für die Fertigungsindustrie. Mit den Eisenzöllen habe die Schwerindustrie einen Sieg über die für Deutschland besonders wichtige verarbeitende Industrie errungen und damit die deutsche Gesamtwirtschaft sehr geschädigt. — Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) ruft an einseitige Zollpositionen nachzuweisen, daß sie keineswegs die deutsche Wirtschaft fördern, sondern lediglich die Macht der großen Konzerne stärken würden.

Abg. Arshig (Sos.): Ich werde mich einem Abschnitt des Zolltarifs zu, der einen der wichtigsten Zweige der deutschen Wirtschaft betrifft, der die Existenzquelle und Versorgungsquelle für viele Millionen Menschen ist. Das ist die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, in der etwa 2 Millionen Menschen erwerbstätig sind. Ihr Produktionswert erreicht sicher den Betrag von 9 bis 10 Milliarden Mark. Eine Industrie von dieser Bedeutung muß bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen mit der größten Sorgfalt behandelt werden. Was aber die Regierung mit den Textilzöllen vorzuschlagen, muß die Existenz dieser Industrie bis zur Unerkennbarkeit erschweren. Das volkswirtschaftliche Ziel müßte sein, den Export konsumfertiger Waren für die Verbraucher zu fördern. Das hat aber zur Voraussetzung, daß der Exportindustrie bei der Lieferung der Rohprodukte alle nur denkbaren Produktionserschwererungen abzuwehren werden. Die Zollvorlage geht den umgekehrten Weg, sie sorgt am meisten für die Produktionsgruppen, die dem vollendeten Produkt am entferntesten stehen. Man gewährt den Spinneisen hohe Garnzölle, damit sie ihre Kosten auf die weiterverarbeitenden Industrien abwälzen können. Die Kartellwirtschaft ist in der Textilindustrie so stark, daß es ihr ein Leichtes ist, bei den Prohibitivzöllen die Reparations- und Steuerlasten auf den letzten Verbraucher und den Verbraucher abzuwälzen. Das muß erhebliche Preissteigerungen der konsumfertigen Ware zur Folge haben. Dadurch wird aber gerade das, was die fertige Ware braucht, der große Absatz auf dem In- und Auslandsmarkt, verhindert. Die Regierung und die Mehrheitsparteien scheinen gar kein Interesse daran zu haben, daß die hunderteausende Familien, die bisher nicht in der Lage waren, ihre Kleidungsstücke zu ergänzen und die häufig kein Geld mehr auf dem Leibe haben, sich die fehlenden Gegenstände kaufen können. (Sehr wahr! bei den Sos.)

Umso größeres Interesse haben sie für die Bereicherungsmöglichkeiten der bestehenden Klassen. Wenn man die Textilzölle im einzelnen ansieht, so findet man, daß sie ohne Sinn und Verstand vorbereitet wurden. Es wird durch den hohen Zoll nur das eine erzielt, daß die Triebkraft der Industrie erlahmt. Schon infolge der bisherigen Wirtschaft haben gerade die Spinnerien nichts getan, um ihre Produktion qualitativ auf Friedenshöhe zu bringen. Eine künftige Klage der Exportindustrie ist es, daß ihr die Vorbereitungsindustrie für die Eigenschaften des Exports kein Verständnis entgegenbringt. Bestimmte Erzeugnisse lassen sich nur mit ganz bestimmten Garnen herstellen, und diese werden in Deutschland gar nicht oder nicht genügend hergestellt. Auch auf diese Garnen wird ein hoher Zoll gelegt. Wenn gesagt wird, daß die aufgenommenen Zölle bei Handelsvertragsverhandlungen wieder herabgesetzt werden können, so darf man doch nicht vergessen, daß diese Garnen zum Teil aus England kommen, mit dem wir bereits einen Handelsvertrag abgeschlossen haben. Die sonst so unverständlichen Textilzölle sind nicht so sehr ein Kampfmittel für günstige Handelsverträge, sondern vielmehr ein Kampfmittel der Konzerne im Konkurrenzkampf innerhalb der deutschen Textilindustrie selbst. Die Behauptung, daß die Arbeiter mit den höheren Garnzöllen einverstanden sind, ist unwahr. Sie haben sich alle dagegen ausgesprochen mit Aus-

nahme der Weberien, die eigene Spinnereien haben oder Konzernen mit Spinnereien angehören. Wenn die Zölle zur Wirklichkeit werden, so muß für die deutschen Textilarbeiter ein wahres Hungerdasein die Folge sein.

Während in anderen Ländern die Lebensmittelpreise zurückgehen, zeigen sie bei uns eine immer weiter steigende Tendenz. Das ist keine Gesundung unserer Wirtschaft, das ist eine Protektionspolitik für das Kapital zum Schaden der Arbeiter. Wir sind aber fest davon überzeugt, daß auch hier wieder der Tag kommen wird, wo die Mehrheit des Volkes auf unserer Seite stehen wird, und wir werden dafür Sorge tragen, daß wir sobald wie möglich mit dieser Politik abrechnen können. (Lebhafter Beifall bei den Sos.)

Abg. Dismann (Sos.): Die Mehrheit des Reichstages hat es unmöglich gemacht, daß man sich mit dieser so außerordentlich wichtigen Vorlage so befassen kann, wie es die Pflicht jedes Abgeordneten wäre. Ich kann deshalb nur in großen Zügen darauf hinweisen, welchen schweren Schaden die gesamte Wirtschaft, insbesondere durch die Eisenzölle, erleiden muß. Es ist erklärt worden, daß es ohne Eisenzölle keine Karazölle gebe nach dem Grundgesetz, eine Hand wagt die andere. Die Eisenindustrie ist die Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft. Sie verlor die gesamte verarbeitende Metallindustrie, und es gibt keinen Wirtschaftszweig, der nicht in Abhängigkeit von ihr steht. Der Verkehr, die Eisenbahnen, die Binnen- und Seeschifffahrt, die Automobilindustrie, die Post, die Telegraphen, die Elektrizitätswerte, der Bergbau, der Holz- und Tiefbau, alle haben ihre Grundlagen in der Eisenindustrie. Aber auch die Textilindustrie und Bekleidungsindustrie, die Holzindustrie, Brauereien und Bäckereien und nicht zuletzt die Landwirtschaft und das Handwerk knüpfen ihre Interessen an die Eisenindustrie an. Ueber alle diese Dinge soll jetzt in 20 Minuten gesprochen werden! Was das nicht die Verhandlungen in diesem Hause zur Komödie herabwürdigen? Sie wollen Ihre Beschlässe ohne jede Beratung fassen und dann das Volk seinem tragischen Schicksal überlassen. Man spricht von Wirtschaftsnut und von wirtschaftlicher Gesundung. Aber eine Hebung der Wirtschaft läßt sich nur erreichen durch Senkungen der Preise und durch Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen. Sollen die verarbeitenden Industrien billiger produzieren, dann müssen wir eine Senkung der Rohstoffpreise erreichen, dazu muß eine Normalisierung der Produktion, die Vervollkommenheit der Technik und der Betriebsorganisation durchgesetzt werden. Das wichtigste aber bleibt immer die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den Sos.)

Ihre Politik der Hochschutzzölle muß zu einer weiteren Preissteigerung und zur Schwächung der Kaufkraft führen, muß handelspolitische Schwierigkeiten hervorzurufen.

Neue Krisen und Arbeitslosigkeit werden die Folgen sein. Sie wollen versuchen, die Arbeitszeit aus neue zu erhöhen. Auch das muß zu einer schweren Verschärfung der Wirtschaft führen, denn die Arbeiter werden eine weitere Verschlechterung ihrer Lage kampflös nicht hinnehmen. Dabei sei bemerkt, daß die Behauptung der Unternehmer, die Verringerung der Arbeitszeit verringere die Produktion, durchaus falsch ist. Nach der Durchführung der achteinhalbstündigen Arbeitszeit bei den Hochöfen hat sich ergeben, daß die Zahl der Arbeiter nicht um 50 Proz., wie vorher behauptet wurde, sondern nur um 11 Proz. erhöht werden brauchte. Dabei ist aber die Produktion um 8 bis 9 Prozent gestiegen. (Hört! hört! bei den Sos.) Wo hat die Regierung ihre Berater für diese Zollvorlage hergenommen? Sie nahm ihre Sachverständigen aus den Kreisen der Interessenten und künftigen Profitierer. Man kann hier schon von einer Versicherungsgesellschaft auf Geheiß nachfragen. (Sehr wahr bei den Sos.) Die Eisenzölle sind nichts anderes als die Ausführung der Beschlässe des internationalen Kartells, das der deutschen Regierung seinen Willen aufzwingen will.

Die Schwerindustriellen wollen leicht die Kontingentierung des Marktes erreichen, sie wollen die Preise diktiert, und zu gleicher Zeit die Arbeiter niederhalten, um ihre eigenen Macht zu erhöhen.

Am den Kauf zu setzen, haben sie mit den verarbeitenden Metallindustriellen ihr Abkommen geschlossen und außerdem das Geschäft Karazölle gegen Eisenzölle gemacht. Dem Handwerker will man die Eisenzölle mit schönen Sprüchen schmachtlich machen. Unter der Beise „Gott schütze das ehrliche Handwerk“ soll ihm die Lebensqualität noch mehr erschwert werden, und zu dem Spruch „Unser tägliches Brot gib uns heute“ gibt das Zentrum keinen Segen. (Lebhafter Beifall bei den Sos.)

Abg. Kessler (Komm.) wendet sich gegen die Automobilzölle. Abg. Wiffell (Dem.) führt aus, das Handwerk werde auf das schwerste geschädigt durch die Verteuerung der notwendigen Rohstoffe im Zolltarif.

Dann wendet sich das Haus der Beantwortung der Uebergangsvorschriften des Ermächtigungsparagrafen und der sozialen Bestimmungen der Vorlage zu. Abg. Frau Sender (Sos.) hält den Regierungsparteien vor, daß sie bei ihrer Steuerpolitik 80 Proz. der Lasten auf die Massen abwälzen hätten und bei der Zollpolitik denselben Weg verfolgten. Gestützt auf ihre Mehrheit hätten die Regierungsparteien ihre Konjunkturbelastung durchgeföhrt, ohne sich auch nur auf eine Erörterung mit der Opposition einzulassen. Die Gelehrbuna sei zu einem Diktat der Mehrheit geworden. Das sei die Folge des Rechtsschwentens der deutschen Wähler, die die Quittung durch eine Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel erhalten würden. — eine zwangsläufige Folge der Zollvorlage. — Die Rednerin wendet sich gegen die Behauptung, die Opposition hätte ungeschicklich gearbeitet. Gerade den Regierungsparteien müsse man ungeschickliche Arbeit vorwerfen, wie sie es z. B. bei der Umfasssteuer bewiesen hätten, wo sie an einem Tage einen sozialdemokratischen Antrag auf Senkung auf 1 Proz. abgelehnt und am nächsten Tage einen gleichen Antrag eingebracht haben.

Abg. Breitheid (Sos.) hebt hervor, daß es unmöglich gewesen sei, in der Knappheit der Mehrheit demütigsten Zeit das Zollgesetz entsprechend seiner Wichtigkeit gründlich zu beraten. Maßgebend sei der Wille der Mehrheit gewesen, zu diktieren. Der Redner wendet sich insbesondere gegen den Ermächtigungsparagrafen, der auf den internationalen Antrag in die Vorlage aufgenommen worden ist. Die Regierung solle dadurch instand gesetzt werden, ohne Befragen des Reich-

tages die Zollfüße zu erhöhen. (Hört, hört! links.) Zur Herabsetzung der Zölle bedürfte es keiner Ermächtigung, denn es handele sich ja um autonome Zölle, die im Bedarfsfalle ohne weiteres herabgesetzt werden können.

Abg. Meyer-Berlin (D.) teilt die rechtlichen Bedenken gegen den Ermächtigungsparagrafen und lehnt ihn ab. Der Redner begründet einen demokratischen Antrag, der die Gültigkeit der Vorlage auf ein Jahr bis zum 31. Juli 1926 beschränken will, während die Vorlage eine Gültigkeit bis zum 31. Juli 1927 vorbehält.

Abg. Rosenfeld (Komm.) schließt sich der Auffassung des Abg. Breitheid an. Auch er lehnt den Ermächtigungsparagrafen ab.

Abg. Hüne (Komm.) lehnt insbesondere die beabsichtigte Erhöhung des Gefrierfleischkonsums ab.

Abg. Hadel (Komm.) bezeichnet die Formulierung des Wohlfahtsparagrafen als bemerktes Täuschungsmanöver.

Damit ist die Aussprache abgeschlossen. Präsident Eise macht unter lebhaften Entrüstungsbegründungen der Linken Mitteilung von zwei Anträgen der Regierungsparteien. Der erste verlangt den Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Ueberlegungsanträge zu den Paragrafen 1 bis 7 der Vorlage. Der zweite Antrag will diese gesamte Zolltarifvorlage in einer Abstimmung annehmen lassen. Präsident Eise erklärt dazu unter Verlesung der entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung, er habe immer die Geschäftsordnungsbestimmungen so ausgelegt, daß unmöglich ein solcher Gesetzentwurf in einer Abstimmung entschieden werden könne. Diese Auslegung habe auch der Abg. Emminger im Aelternterrat gegeben, ohne bei irgend einer Partei Widerspruch zu finden. Ein Streit über die Auslegung werde aber heute durch eine juristische Rechtsbelehrung wahrscheinlich nicht entschieden werden und es werde wohl zum Mehrheitsbeschluss kommen. Von den Kommunisten wird unter lauten Rufen darauf hingewiesen, daß sich auf der Abgeordnetentribüne der Kriminalpolitist befindet, der den kommunistischen Abg. Schütz aus dem Saal geerrt habe. Die Kommunisten rufen: Was will der Lamm da? Der Politist verläßt eifrig die Tribüne. Der Präsident Eise vertritt sich erst recht das eigenmächtige Vorgehen der Kommunisten.

Abg. Reich (Komm.) legt die vom Präsidenten angeführten Geschäftsordnungsbestimmungen dar und nach den Anträgen der Regierungsparteien verfahren werden könne. In ähnlicher Weise sei auch beim Zolltarif von 1902 verfahren worden. Dieses Verfahren sei geboten, weil die Bestimmungen über sämtliche vorliegenden Anträge noch eine halbe Woche in Anspruch nehmen würde. Der Reichstag befände sich also in einer Notlage. (Große Unruhe links.) Präsident Eise erklärt, 1902 sei die Sachlage ganz anders gewesen. Da sei nicht über das Gesetz im ganzen, sondern nur über die Anlagen im ganzen abgestimmt worden.

Abg. Müller-Franken (Sos.) bezeichnet die Anträge der Regierungsparteien als einen laiblichen Mißbrauch der Mehrheit und als eine Verletzung aller parlamentarischen Grundgesetze, wie sie noch niemals dagewesen seien.

Abg. Koch-Weser (D.) hält gleichfalls die Anträge der Regierungsparteien für unannehmbar mit der Geschäftsordnungsbestimmungen ordnungsmäßig abgestimmt wird.

Abg. Weis (Sos.) erklärt, das Verhalten der Regierungsparteien sei die vollkommene Verleumdung der Demokratie und des Parlamentarismus. Die Bevölkerung werde es verachten, wenn unter diesen Umständen die Sozialdemokraten sich an der Fertigstellung der Gesetze nicht weiter beteiligten, sondern die Regierungsparteien vor aller Welt die Verantwortung allein tragen lassen.

Nach dieser Erklärung verlassen sämtliche Sozialdemokraten, soweit sie nicht dem Büro angehören, den Saal.

Abg. Koenen (Komm.) verurteilt das Vorgehen der Regierungsparteien als brutale Bergewaltigung. Die Kommunisten lasse sich Beifall und verlassen dann mit dem Rufe: „Nieder mit der Zollschwerkriegsarmee!“ geschlossen den Saal.

Abg. von Gröbe (Höft.) hält es für berechtigt, wenn die Mehrheit von ihrer Macht gegen die Opposition Gebrauch macht. Es sei aber nicht zu rechtfertigen, wenn auch die Abstimmung der wähligen Anträge abgelehnt würde.

Abg. Behrens (D.) ruft nachzuweisen, daß die Geschäftsordnungsbestimmungen der Regierungsparteien unzulässig seien. Das sollten auch die Sozialdemokraten einsehen und im Saale bleiben.

Abg. Koch-Weser (D.) bleibt dabei, daß das Vorgehen der Regierungsparteien schon bei den Steuerentwürfen und noch mehr bei der Zollvorlage mit wachem Parlamentarismus nichts zu tun habe. Die Demokraten würden sich nicht an der Abstimmung beteiligen.

Bei der Abstimmung über die Anträge erheben sich die Mitglieder der Regierungsparteien mit Ausnahme mehrerer Zentrumsabgeordneter. Die gesamte Zollvorlage wird in der Gesamtabstimmung in 2. Beratung angenommen.

Um 11 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Zolltarifvorlage, die Beratung verschiedener Handelsverträge und an 8. Stelle die 3. Beratung der Umweltschutzvorlage.

Soziales

Uebernahme der Bestimmungen über die freiwillige Versicherung bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom ersten Januar 1925 an müssen zufolge Reichsgesetz vom 28. 7. 1925 alle freiwillig Versicherten (Weiterversicherter und Selbstversicherter) zur Erlangung der Renten und sonstigen Leistungen aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Beiträge in der ihrem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber solche in der Lohnklasse 2 (40 Pfg. vom 28. September 1925 ab 50 Pfg. wöchentlich) entrichten.

Briefkasten der Redaktion

W. A. 1000. Es ist uns keine Botschaft bekannt, durch welche die Mitteilung der erwähnten wahren und nach der Gewinnuna des Betroffenen auch nicht von ihm als ehrenrührig zu empfindenden Tatsache verboten sein sollte. Möglicherweise erfüllen Art. 60m und Umstände der betreffenden Uebernahme des Geschäftes, die wir nicht kennen, den Tatbestand einer Verleumdung. Ob das Verhalten des Geschäftlichen seinen dienlichen Pflichten widerspricht, sind wir ohne unerbittlichem Aufwands an Zeit und Mühe nachsprühen, nicht in der Lage. Der Fragesteller empfindet das Verhalten des Geschäftlichen offenbar als ein Unrecht. Vielleicht dürfte es sich empfehlen, sich beim Geschäftsführer von Freiburg zu beschweren. Unschicklich ist freilich nicht ein, warum der Betreffende sich schaut, auf dem Befehl an seinen Sohn, der Christenlehre fernhalten, einem Befehl, den er für richtig hält, sich öffentlich zu befehlen.

W. A. 1000, A. Huhnsack bei Oberkirch. Ihren Artikel erhalten und gelesen. Leider erlauben uns die Raumverhältnisse, es nicht, Ihre Arbeit zum Abdruck zu bringen.

Unhaltbare Zustände im Reichstage

In der Montags-Sitzung des Reichstages ist es durch das Unbehagen und direkt buhdenhafte Verhalten der Kommunisten übermüht zu Szenen gekommen, deren Wiederkehr endlich energisch ein Ende bereitet werden muß. Nicht weniger als fünf Kommunisten mußten durch die Polizei aus dem Saale entfernt, zum Teil förmlich hinausgetragen werden. Derartige Szenen und Vorgänge ruinierten mit der Zeit das Ansehen und die Wirksamkeit des Reichstages, sie wiesen auch in gewöhnlicher Weise kontroversiell und unterwürdig in hohem Maße die Klänge und Absichten der Reaktionäre. Wir haben durchwegs Verständnis für die nervöse und gereizte Stimmung, die im Reichstage gegenwärtig vorhanden sind. In die Reihen und die Arbeitskraft der Abgeordneten sind in den letzten Wochen Anforderungen gestellt worden, denen nur fernsichtige Naturen erfolgreich gewachsen sind. Das Verhalten der Regierungsparteien sowohl bei den Steuererlassen wie erst recht die hinterlistige und geschäftsordnungswidrige Straußensierung der Opposition bei der Zollvorlage schufen eine Atmosphäre, die mit Explosionsstoffen reichlich gefüllt war. Erregte la selbst stürmische Szenen waren unter diesen Umständen kaum vermeidlich. Wir haben schon am 20. Juli auf die Gefahr sehr erregter Debatten im Reichstage hingewiesen, aus unserer langjährigen genauen Kenntnis des Reichstages heraus. Es ist außerdem ein Unglück für den Reichstag, daß die bürgerlichen Parteien drei vollständig unfähige Vizepräsidenten stellen, die Herren Dr. Bell (Zentr.), Dr. Nieber (Volkspartei) und Graf von den Deutschnationalen. Nicht einer der genannten drei Vizepräsidenten ist dem Amte eines Vizepräsidenten gewachsen — nicht einmal beim normalen Verlauf der Verhandlungen, geschweige denn in kritischen Situationen. Zu alledem kommt noch, daß der Deutschnationale Graf ein Schamtrichter der allerhöchsten Sorte ist, der wiederholt als Redner im Reichstage sich zu den aufreizendsten Provokationen der Linken hat hinreißen lassen. Das alles ist allen bürgerlichen Parteien durchaus bekannt, aber diese Kenntnis hat sie nicht dazu bringen können, einen Beschluß in der Personlichkeit der von ihnen vorgeschlagenen Vizepräsidenten vorzunehmen.

Das alles als Entschuldigung in Betracht zu ziehen, so können die systematischen Klagen der Kommunisten nicht entschuldigend werden. Nicht einer der kommunistischen Abgeordneten macht irgend einmal den Versuch, durch sachliche Argumente zu wirken, kaum einer ist unter ihnen, der sich mit den Gesetzentwürfen und mit den Materien ernsthaft vertraut zu machen gewillt ist, über die beraten und abgestimmt werden muß. Sie wollen einfach die elende Hege und den bewährten Stempel. Wie ihre Versammlungen draußen im Lande auf den Ton der Kassebene gestimmt sind, so auch ihr Auftreten im Reichstage. Die widerlichsten und gemeinsten Schimpfwörter kurzweil bei ihnen nur so aus dem Munde der Bühne heraus und, was nicht minder widerlich ist, die elende Hege, die gleichseitig zu beobachten ist. Eben noch lobten sie, als reibe sie die Entzückung umwerfend fort, so kann man die ganze Gesellschaft im nächsten Augenblick höhnisch lachen und grinsen sehen, wenn sie durch wüßte Schimpferei und buhdenhaften Stempel ein Durcheinander angerichtet haben.

Die kommunistischen Klagen müssen in jeder Volksobermüht zu lächerlichen Äußerungen führen; sie sind unhaltbar und untragbar in einem Reichstage, sofern das Parlament nicht gewillt ist, sich durch einen brillanten Saufen nicht nur das Ansehen, sondern auch die Existenz untertun lassen.

Das bis zum heutigen Tage die Kommunisten ihr unmäßiges Treiben fortzusetzen vermochten, daran ist der Reichstag in vollem Umfange selbst schuld. Und wir nehmen dabei nicht eine der Parteien an. Seit der Reichstagswahl am 4. Mai v. J., wo die Kommunisten einen großen Wahlsieg durch den Unverstand großer Massen erzielten, und seit den ersten Sitzungen des damals gewählten Reichsparlamentes, war es für jeden politisch erfahrenden Menschen einwandfrei klar, daß mit den Kommunisten nur dann im Reichstage halbwegs gearbeitet werden kann, wenn sie bei der Herbeiführung von Ständeleuten auf rücksichtslose und durchgreifende Maßnahmen stehen. Die gegenwärtig nur mögliche Ausschließung auf amantia Situationslage hilft wenig, selbst wenn diese amantia Situationslage sich über ein bis zwei Monate hinzieht. Den Reichstagen werden an Diäten lediglich die amantia Tage abgezogen, den Rest erhalten sie ausgedehnt, obwohl sie keinerlei Tätigkeit im Reichstage ausüben. Ebenso behält der Ausschluß seine Härte. Hier muß Remedur geschaffen werden, wie wir schon im vorigen Jahre empfohlen haben. Der Ausschluß von Abgeordneten, die sich solche Klagen ausgeben, muß taglich, muß sich auf eine viel längere Zeit erstrecken, unter gleichzeitiger Entzug der gesamten Diäten und sofortigen Entzug der Freifahrtkarte. Wir scheuen uns, die wir diesen kommunistischen Kassemmenvorstellungen so oft schon haben bewohnen müssen, durchaus nicht, den Ausschluß bis zu einem halben Jahre und noch länger zu vertreten. Ferner muß das Reichstagspräsidium sich endlich dazu aufraffen, den reaktionären Exzessen schärfer entgegenzutreten, als es bisher leider der Fall war. Das gesamte Präsidium ließ bisher gegenüber reaktionären Exzessen in einem Maße die Zügel schlenken, daß auch daraus der Haug und die Reizung zum wüßten Ständeleuten geradezu gefördert worden ist. Aus dieser Tatsache heraus erklärt es sich auch, daß Ordnungsruhe, die früher für jeden Abgeordneten wirklich wichtig waren, wenn er von ihnen betroffen worden ist, heute einfach einem Hoh-nackelher begeben.

So geht es nicht weiter. Die Parteien der Weimarer Verfassung haben die verdammte Pflicht, von sich zur Remedur zu schreiten, wollen sie sich nicht selbst in schwerer Weise an dem Wert verüßigen, das sie einst in größter Not und unter den schwierigsten Verhältnissen geschaffen haben. Ein politisch gebildeter Ausländer, der kürzlich drei Tage in Berlin war, gab auf die Frage, was er sich in Berlin hauptsächlich ansehen habe, die uns so beschämende Antwort: „Hier ist der Zoologische Garten, wo ich die schönsten wilden Tiere mit Interesse ansehen habe und dann den Reichstag, wo ich mit Menschen zu sehen Gelegenheit hatte“. Der Reichstag wird zum Gespött, das politische Interesse an ihm muß raschstens zusammenschmelzen, wenn er sich nicht dazu aufrafft, dem systematischen Krafel, den Klagen und den fort-

gesetzten reaktionären Exzessen ein Ende zu bereiten. Natürlich wird gelegentlich auch einmal die politische Leidenschaft im Parlament aufbrausen, das war auch früher der Fall und wurde überall verstanden. Aber das, was die Kommunisten immer wieder aufführen, hat nichts mit der politischen Leidenschaft zu tun und die reaktionären Infamien, die sich völkische Abgeordnete und zum Teil auch Deutschnationale erlauben, haben ebenfalls nichts mit verständlicher politischer Leidenschaft zu tun, die in einer bestimmten Situation zum Ausbruch kommen kann.

Ein Reichstag, der noch länger die Zustände duldet, die jetzt eingerissen sind dank der Inaktivität der Parteien und der unverantwortlichen Nachsicht des gesamten Präsidiums, ist eine Gefahr für das parlamentarische System und eine Gefahr für die Demokratie.

Aus dem Freistaat Baden

Landtags-Vertagung und Landtagswahlen

Von A. Weimann, Mitglied des Landtages

Am Ende einer jeden Parlamentssession muß in fliegender Hast gearbeitet werden; die zu erledigenden Vorlagen und Gesetzentwürfe werden förmlich durchgepeitscht. Das sieht man an den derzeitigen Reichstagsverhandlungen, das war in den letzten Wochen auch im badischen Landtag zu bemerken. Die Debatte über den Entwurf der beiden Reichspräsidentenwahlen in diesem Jahre haben auch dem badischen Parlament eine Anzahl Arbeitswochen genommen. So war es unausbleiblich, daß am vorigen Freitag ein Schluß der Session nicht erfolgen konnte. Dies soll Anfang Oktober geschehen, wenn die noch aufzubereitenden Gesetzentwürfe, wie u. a. das Lehrerbildungsgesetz, und sonstige Anträge parlamentarisch und gesetztechnisch verbesert sind. Der badische Landtag ist diesmal also nur vertagt, nicht geschlossen. Aber er hat doch — will man es zahlenmäßig ausdrücken — 19/20 seine ihm überwiesenen Arbeiten vollbracht.

Die sozialdemokratische Presse berichtet laufend und recht orientierend über die parlamentarischen Arbeiten in den Ausschüssen; sie bereitet den Leser gleichsam geistig auf die Plenar-, die öffentlichen Sitzungen vor. Und auch diese Sitzungsberichte sind vom sozialdemokratischen Gesichtspunkt aus diktiert und ermöglichen ihm eine kritische Beurteilung der zu leistenden und dann geleisteten Parlamentsarbeit. Es ist zunächst gar nicht notwendig, jedes einzelne beschlossene Gesetz noch einmal Revue passieren zu lassen. Das soll den Wänden des Landtagswahlkampfes vorbehalten bleiben.

Aber darauf kommt es nicht einmal an. Ausschlaggebend ist die Verantwortung der gestellten Frage: Trägt die Gesetzgebung des badischen Landes den Stempel des sozialdemokratischen Einflusses? Ist in den beschlossenen Gesetzen sozialdemokratische Mitarbeit bemerkbar? Mit gutem Gewissen kann man ja geantwortet werden. Sie begannen eigentlich fast stets schon im Staatsministerium, wenn der sozialdemokratische Minister des Innern, Genosse Klemm, zu den die obersten Staatsbehörde vorliegenden sozialdemokratischen Stellungnahmen. Sie setzte sich fort in den Kommissionen des Landtages, in welchen die sozialdemokratische Fraktion durch deren einzelne Mitglieder mit der Verbesserung- oder Zustimmungsbereitschaft einwirkte; sie wurde gefördert im Plenum durch die öffentliche Begründung, wie und weshalb man sich zu dem zu verabschiedenden Gesetz so oder so stellen will. Mitarbeit also vom Entwurf eines Gesetzentwurfs bis zu seiner endgültigen Fertigstellung. Das nennt man praktische Tätigkeit und erfolgreiche Wahrung der Interessen der arbeitenden, der werktätigen Bevölkerung. Und gerade diese praktische Tätigkeit, diese fruchtvolle Mitarbeit im Kleinen und Großen ist es, mittels welcher die sozialdemokratische Landtagsfraktion in den September- und Oktober-Wochen — die Landtagswahlen finden bekanntlich am 25. Oktober statt — getrosen Mutes vor die Wähler tritt und erklären kann: Das haben wir geleistet, wir bitten auch weiterhin um das wohlpolitische Vertrauen!

Es ist gewiß zugegeben, daß die Kommunisten, welche seit 1921 den badischen Landtag „sieren“, manchmal viel schärfer reden gehalten haben, wie die Sozialdemokraten. Und ihr ständiger parlamentarischer Refrain ist: Wir lehnen das Gesetz ab!

Aber, so muß man fragen: Was ist damit gewonnen? Für die Staatsbürger, für die Wähler, für alle jene, welche auf das Parlament und die Gesetzgebungsanstalten ihre Hoffnungen setzen? Nichts, rein gar nichts! Es ist auch im badischen Landtag so: die anderen Parteien lassen die Kommunisten schwächen und machen die Gesetze, wie sie es wollen. Der kommunistische Einfluß war in der abgelaufenen Legislaturperiode des badischen Landtages gleich Null!

Anders die sozialdemokratische Fraktion! Sie suchte für ihre Ansichten Mehrheiten sowohl in den Kommissionen, wie im Plenum zu gewinnen, da ein Gesetz zu verbessern, dort eine Verhinderung eines im Sinne des Fortschritts gehaltenen Gesetzes zu verhindern, kurz in jedem Fall auf die fertige und inhaltliche Gestaltung des Gesetzes bestimmend einzuwirken. Enderfolg ist, daß sich in jedem der Gesetze, soweit das möglich und notwendig ist, Spuren sozialdemokratischen Einflusses befinden.

Und darauf baut die Sozialdemokratie bei den herbstlichen Landtagswahlen. Sie hat etwas geleistet, sie hat die politische und wirtschaftliche, und nicht zuletzt die kulturelle Entwicklung Badens auch in den letzten vier Jahren entsprechend beeinflusst; sie darf berechtigten Anspruch auf das politische Vertrauen der badischen Wählerschaft erheben.

Mit diesem Losungsruf zieht die badische Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Er wird heiß werden! Sind doch in diesem Landtag 7 Parteien vertreten; vornehmlich werden es im nächsten nicht weniger sein. Der Führer des badischen Zentrums, der Abg. Dr. Schöfer, der gern in Wahlkombinationen macht, erklärte noch am vorletzten Tage der Landtagsverhandlungen, es könnten auch andere Koalitionsverhältnisse sich ergeben, wobei er die demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei im Auge hatte!

Die Sozialdemokratie ist sich des Umstandes bewußt, daß sie dann die beste Politik, auch in einer Koalition, machen kann, wenn sie möglichst stark in den neuen Landtag einzieht. Ihre jetzigen 21 Mandate müßten spielend auf zwei Duzend und mehr gebracht werden können. Leiten wir die Veruche hierzu ein, dann muß das große Werk, die nächsten Landtagswahlen zu einem großen Erfolg für uns zu gestalten, sicher gelingen.

Ein Veteran

Genosse Friedrich Haug in Freiburg i. B. vollendet am heutigen Tage sein 75. Lebensjahr. Der „rote Frieder“, wie er unter dem Sozialistengesetz und auch später allgemein in Parteifreien genannt wurde, ist einer der ältesten Kämpfer innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Von Beruf Schuhmacher, erkannte Genosse Haug frühzeitig, wie lebensnotwendig im Interesse der werktätigen Bevölkerung die Förderung und aktive Unterstützung der sozialistischen Bewegung ist. Gleichseitig lockten ihn die großen persönlichen Gefahren, die während der Dauer des Sozialistengesetzes mit der aktiven Betätigung für die Sozialdemokratie verbunden waren. Der „Frieder“ war allezeit ein ungemein kampfeslustiges und von echtem Rebellenrot erfülltes Menschenkind. So wurde Genosse Haug gar bald ein außerordentlich wertvoller Kämpfer während jener Zeit, in welcher vom Reichstagsler angefangen bis herunter zum letzten Reichstagsler der gesamte Staatsapparat auf die systematische Verfolgung und Hege gegen die Sozialdemokratie einsetzte. Als der „Sozialdemokrat“ in Zürich gedruckt werden mußte, mußte er auch allmählich dort über die deutsche Grenze geschmuggelt werden; bald über den Bodensee, bald über die vergeblichsten Stellen des Rheins an der badisch-schweizerischen Grenze. Hierbei hat auch Haug, in Verbindung mit anderen Freiburger Genossen, sehr oft eine manchmal schwierige Aufgabe mit zu erfüllen gehabt. Solche Aufträge und die Ueberwindung gefährlicher oder kritischer Situationen, da war der „Frieder“ so recht in seinem Element. Seine Tätigkeit trug ihm auch die Freundschaft von Weibel und Liechtenicht ein, die wiederholt bei ihm in Freiburg zu Besuch weilten. Einzelne Organe der Freiburger Polizei, besonders der Polizeikommissar Greif, waren in unermüdlicher Verfolgungsjagd besonders auch hinter dem Genossen Haug her. Der Polizeikommissar hatte dabei gelegentlich auch einmal Erfolg, in weit öfteren Fällen jedoch die, denen sein Amtseifer geolten hat. Genosse Haug hatte unter diesen Verhältnissen auch wirtschaftlich manchmal schwer zu leiden, weil seine Existenz immer wieder gefährdet war. Aber sowohl im Kampfe gegen die Justiz wie gegen die Polizei kamen dem Genossen Haug eine kräftige Dosis „Bauernschlaubeit“, sein nie versiegende Humor und ein förmlich sprudelnde Lebenslust sehr zu nützen. In dem kleinbürgerlichen Freiburg, wo zu manchen Zeiten die Liberalen nicht minder haßerfüllt der Sozialdemokratie gegenüber standen, wie das Zentrum, war es nicht leicht, den Kampf zu führen und noch schwerer, mit Erfolg sich zu behaupten. Genosse Haug ist mit der Entwicklung speziell der Freiburger Arbeiterbewegung aufs engste verbunden und er hat in der allerhöchsten und gefährlichsten Zeit opfermutig und tatkräftig seinen Mann gestanden. Zur Vollendung seines 75. Lebensjahres bringen wir dem alten und verdienten Veteranen der sozialistischen Bewegung unsere herzlichsten Glückwünsche dar und verbinden damit auch unseren aufrichtigen Dank für die Treue, die Haug der Partei stets bewahrt hat.

Vielleicht ist es dem Schreiber dieser Zeilen bei dieser Gelegenheit erlaubt, auch ein persönliches Wort des Dankes zu sagen. Mit dem Jubilar bin ich seit genau 40 Jahren persönlich bekannt, von jenem schönen Sommerstag 1885 an, wo ich dem Gesangsverein „Freundschaft“ als „Führer“ bei einer Tour auf den Feldberg und von dort nach Todtnau dienete. Damals gehörten Ausflüge auf und über den Feldberg noch zu den Seltenheiten. Ich war noch Lehrling, Mitglied der Marianischen Kongregation und hatte natürlich keine Ahnung davon, wem „gefährlicher“ Gesellschaft ich als Begleitführer dienete. Das hat mir erst einige Tage später der Herr Pfarrer klar gemacht, als ich von dem Ausflug erzählte. Ich erinnere mich noch des Schredes, der mich erfaßte, als ich erfuhr, mit wem ich auf den Feldberg hinauf gegangen bin. Sechs Jahre später führte mich Haug der Partei zu — den Schreden vor ihr hatte ich inzwischen überwunden. Als ich im Jahre 1893 von Freiburg nach Berlin ging, sagte mir Haug ziemlich wörtlich: „Komme mir ja nicht nach Freiburg zurück, ehe Du gezeit hast, daß Du in der Partei etwas zu leisten vermagst.“ Dem alten Lehrer am heutigen Tage ebenfalls die herzlichsten Glückwünsche.

Ueber Haugs Leben und Werdegang sei folgendes mitgeteilt: Friedrich Haug ist am 12. August 1850 in Dollnbach, Amt Schopfheim, geboren. Nach der Schulentlassung erlernte er in Schopfheim beim heute noch lebenden und jetzt 91 Jahre zählenden Meister Zirn das Schuhmacherhandwerk. Heide, „Meister“ und „Lehrbub“, hoden heute noch auf dem Schusterschemel und üben ihr Handwerk aus. Zwei zähe Alemannen, sah wie das Kernleder, das sie klopfen. Als Geselle zog Haug in die Fremde, und der frische, kede Junge zeigte sich bald empfänglich für die Ideen des Sozialismus. Schon im Jahre 1871 trat er in Freiburg ein, das später seine zweite Heimat wurde, dem All. deutschen Arbeiterverein bei. Lohnkämpfe in seiner Branche zwangen ihn zur Abreise. Mit 23 Jahren wird er in Romanshorn (Schweiz), wo er Arbeit gefunden hatte, mit dem Posten des Vorsitzenden der Ortsgruppe des All. deutschen Arbeitervereins betraut. Gegen den keden „Schwab“ richtete sich der Born der sozialistenfeindlichen Eidgenossen. Nicht nur der Bismarck lobte später „wie e wüetige Stier“, weil der Züricher „Sozialdemokrat“, expediert vom Roten Frieder und seinen Kompagnen, allen Schergen zum Trost, regelmäßig in das Innere Deutschlands ging, auch die Romanshornener Sozialistenkresser waren wütend und drohten dem Roten Frieder durch „Hohelurte“ die Richtigkeit ihrer Meinungen betzubringen. Haug zog bald ab und kam nach Stuttgart, wo er den Eisenbahnern beitrug. Im Jahre 1875 kam er nach Freiburg zurück. Hier hat Haug dann seine Haupttätigkeit für die verfolgte Sozialdemokratie verrichtet. Unter dem Sozialistengesetz war er ganz der „Kerl“, wie ihn Weibel und Meißler brandeten. In Weibel „Kater Redner“ und auch in Weibels Lebenserinnerungen ist nachzulesen, wie sehr die Tätigkeit des Genossen Haug als Expedient und Beauftragter der „Roten Redner“ schätzbar wurde. Mit mehreren Gefängnisstrafen, darunter einer von 8 1/2 Monaten Dauer, hat Haug seine Treue zur Partei bezahlet müssen.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Groberer

Von Martin Andersen Nexö

81

(Fortsetzung)

Er hatte genug Böses, Unerschämtes gesehen, war aber über alles hinweggekommen; nichts hatte ihn anhalten können. Mit der Gier des Kindes hatte er alles verbraucht, um daran zu wachsen und zu erstarren. Und nun stand er da, gesund und kräftig — ausgestattet mit den Prophezeien, den Richten, den Aposteln, den Geboten und hunderttausend geistlichen Liedern! — und bot der Welt eine offene, schweißbedeckte Erdbereitschaft.

Vor ihm lag das Land, nach Süden zu reich abfallend, angelehnt vom Meer. Tief da unten hoben sich zwei hohe, schwarze Schornsteine von der Meeresfläche ab, und noch weiter nach Süden zu lag ja die Stadt! Von dort aus liefen die Wege des Meeres nach Schweden und nach Kopenhagen! Dies hier war die Welt — die große, weite Welt selber!

Pelle überkam ein Heißhunger bei dem Anblick der großen Erde, und das erste, was er tat, war, daß er sich auf den Hügel hinaufsetzte, von wo aus er eine Aussicht hinter sich und vor sich hatte, und all das Butterbrot verschluckte, das ihm Karna für den ganzen Tag mitgegeben hatte. Dann hatte der Magen doch Ruhe davon!

Er stand wohlgemut auf, nahm den Sack auf den Rücken und wanderte abwärts, um die Welt zu erobern, während er aus vollem Halse ein Lied in den hellen Tag hinein schmetterte:

Ein Fremdling muß ich wandern
Im englischen Land;
Bei afrikanischen Negern
Ich auch Gesellschaft fand!
Und stib's hier auf Erden
Auch Portugiesen feind!
Und alle Art Nationen
Unter dem Himmel tun feind!

Zweites Buch.

Ein so geringer Zufall wie der, daß der alte Klaus Hermann gerade mit seinem Mistwagen nach der Stadt hineinkam, um Dünger zu holen, an jenem hochflutigen Matin, an dem sich Pelle aus dem Nest löste, ward entscheidend für die Lebensstellung des Jungen. Mehr konnte nicht spekuliert werden für die Frage: Was soll Pelle werden?

Er selbst hatte sie sich gar nicht gestellt, er zog bloß von dannen in den Tag hinein, den Sinn der irdischen Welt geöffnet. Das, was er werden wollte, wenn er da hinaus gelangte, das war etwas so Unbegreifliches, daß es geradezu Torheit war zu reden. Deshalb ging er nur für sich.

Reiz war er an das äckerlose Ende des Östergötting gelangt. Er lag im Graben und verschauelte nach der langen Wälderstraße, milde und hungria, aber in vorzüglicher Laune. Da unten vor seinen Füßen, nur eine halbe Meile entfernt, lag die Stadt und schimmerte festlich, aus den Dächern von Serdäntien schlingelte sich der Mittagsrauch in die blaue Luft hinauf, die roten Dächer lachten schelmisch dem Tag in das veranlagte Gesicht. Pelle machte sich gleich daran, die Häuser zu zählen, er hatte sie nur auf eine Million veranschlagt, um nicht zu übertreiben, und war schon bis über hundert gekommen. Mitten im Zählen sprang er ab — was sie da unten wohl zu Mittag bekamen? Sie lebten sich gut, die da! Ob es sein war, weiterzugehen, bis man ganz satt war, oder legte man den Köffel auf halbem Wege hin — so wie Gutsbesitzers, wenn sie zu einem Besessenen waren? Für einen, der immer Hunger hatte, war das eine sehr ernste Frage. Es herrschte starker Verkehr auf der Landstraße, fahrend und gehend sogen sie vorüber, Leute mit der Riste hinten auf dem Wagen, und andere, die ihr Hab und Gut in einem Sack auf dem Rücken trugen, ganz wie er. Pelle kannte einige von ihnen und nickte wohlwollend; von ihnen allen mußte er Bescheid. Es waren Leute, die in die Stadt wollten — in seine Stadt. Einige wollten weiter fort über das Meer — nach Amerika, oder hinüber, um dem König zu dienen; man konnte das an der Ausstattung und an den ekstatischen Gesichtern sehen. Andere wollten nur hinein, um den Lohn klein zu machen und Umstichtag zu feiern — sie kamen trällernd in ganzen Haufen, mit freien Händen und ausgelassener Laune. Aber die elegantesten, das waren solche, die die Riste auf einer Schubkarre hatten oder sie an beiden Griffen schleppten. Sie hatten geordnete Wägen und waren fieberhaft in ihren Bewegungen; das waren Leute, die sich von dem Lande und der gewohnten Lebensweise losgesagt und die Stadt gewählt hatten, so wie er selbst. Da kam ein Häcker mit einer kleinen grünen Riste auf der Schubkarre, breit im Boden war sie und von ihm selbst mit niedlichen Blumen bemalt. Neben ihm ging die Tochter, sie hatte heiße Wangen, und ihre Augen waren in das Unbekannte hinaus gerichtet. Der Vater sprach, aber sie sah nicht so aus, als höre sie es. „Ja, nun übernimmst du denn die Verantwortung über dich selbst, denke daran und wirf dich nicht weg; die Stadt ist ganz gut für jemand, der vorwärts will und auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist; aber sie nimmt es nicht so genau damit, ob was niedergelassen wird. — Sei auch nicht vertrauenslos, die dadrinnen sind sehr erfahren in der Verführungs Kunst. — Aber sanft und freundlich mußt du sein!“ Sie antwortete nicht; sie war scheinbar mehr davon in Anspruch genommen, die Füße in den neuen Schuhen nicht so zu setzen, daß sie die Abfüße schief trat.

Ein Strom ging auch hinaus; am ganzen Vormittag hatte Pelle Schweben getroffen, die am Morgen mit dem Dampf gekommen waren und draußen auf dem Lande einen Dienst taten. Es waren alte, abgearbeitete Leute und kleine Jungen, Mädchen so schön wie die blonde Marie und junge Arbeiter, die die Schloßkraft der ganzen Welt in Leiden und Mühsal liegen hatten. Das war das Leben, das von anderwärts herbeiströmte, um den Platz auszufüllen, den die fortschreitenden Scharen hinterließen — aber das ging Pelle nichts an. Schon vor sieben Jahren erlöste er alles das, was jetzt ihre Gesichter mit Unruhe erfüllte; die Kunde, die sie jetzt bezaunten, hatte er hinter sich. Da war nichts, das sich des Umsehens verdiente.

Aber da kam der alte Großvater von Neudorf daher, wandel, ganz amerikanmäßig ausgerüstet, mit Mantelfad und

leidenem Halsstuch und die innere Tasche des offenen Rockes von Papieren strotzend. Also hatte er sich endlich entschlossen und reiste der Braut nach, die schon drei Jahre drüben war. „Hallo!“ rief Pelle, „achts nu los?“

Der Knecht kam herein und setzte den Mantelfad auf den Grabentand.

„Ja, nu soll es ja losgehen“, sagte er. „Laura will nicht länger auf mich warten. Denn müssen die Alten ja leben, wie sie ohne Sohn fertig werden; nu daß ich drei Jahre alles für sie getan. Wenn sie nu man bloß allein fertig werden.“

„Das werden sie schon können“, sagte Pelle erfahren, „und sonst müssen sie sich Hilfe nehmen. Das ist keine Zukunft für junge Leute in dem Haus.“ Er hatte die Kettlerin das sagen hören und schlug überlegen mit dem Stock in das Gras.

„Nein, und Laura will auch nicht Häuslerfrau werden — Na, denn adios!“ Er reichte Pelle die Hand und verjagte zu lächeln, aber die Blase gingen ihren eigenen Weg, und es kam nur etwas Gequältes dabei heraus. Er stand eine Weile da und sah auf seine Stiefel nieder, der Daumen ging tastend über sein Gesicht, als wolle er das Quälende wegstreifen; dann nahm er den Mantelfad und ging. Es war offenbar nicht weit her mit ihm.

„Ich kann gern das Willst und die Braut für dich übernehmen!“ rief Pelle ausgelassen und streckte sich wie ein Erwachener; er war verneigt auf aufgelezt.

Den Weg, den Pelles eigenes Blut wies, wanderte heute alle Welt — jeder Turste mit ein wenig Mut in der Tasche, jede Dirne, die gut ausah. Der Weg war auch nicht einen Augenblick frei von Verkehr, es war wie ein großer Aufbruch — fort von den Städten, wo ein jeder sich verurteilt mußte, genau auf dem Fied zu stehen, wo er geboren wurde — hinaus in die über dem Stadtrand zerstreut lagen oder in zwei einfachen Reihen aufmarschiert standen, da wo die Landstrassen in die Stadt hineinkamen — das waren die kleinen Hütten des Bauernlandes, die sich von allem da draußen losgelöst und sich in häßliche Gewänder gekleidet hatten und hinabgemauert waren. Und unten am Strande standen die Häuser in Haufen zusammengequetscht um die Kirche; es war nicht da zwischen durchzuführen, so drängten sie darauflos. Das waren die Scharen, die sich auf der Wanderung befanden, getrieben von ihrer Sehnsucht in die Ferne — und dann hatte das Meer ihnen ein Ziel gesetzt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Soldat der Revolution

In den Augusttagen des Jahres 1900 erlebte Berlin das größte historische Ereignis. Eine nach hunderttausenden zählende Arbeitererschaft trat den „Soldaten der Revolution“, Wilhelm Liebknecht, zu Grabe. Am 7. August 1900 war er — noch bis zur Todesstunde arbeitend und kämpfend — einem Schlaganfall erlegen. Noch im hohen Greisenalter hat er eine Gefährtsbeleidigung abgelesen. Dieses Gehirn, das in grüner Jugend bereits Feuerbrände gegen die despotischen Nachfolger der normanzischen Zeit geschleudert hatte, landte nach stündender Blitze gegen Wilhelm II. den byzantinische Liebesdiener zu einem Uebermenschen zu fesseln suchten.

Liebknecht wuchs ganz in das Historisch-Große hinein, als er in Leipzig vor den Schranken des Schurkenrichters stand, das ihn wegen Vorbereitungen zum Hochverrat den Prozess machte. Die Polizeiliste der Sieber und Wermuth hatte ihn als berufsmäßigen Verführer verurteilt. Man hatte die grundverlorenen Schauergelehrten von der sogenannten revolutionären „Schwefelbunde“ wieder aufgeweckt. Da trat Liebknecht als Revolutionär hervor, zerriss das Augenweide und bekannte sich freimütig als Revolutionär. Er führte im Leipziger Hochverratsprozess aus: „Wenn ich nach unerbörten Verlorenen am Ende bin, so ist das herbe Segnis für meine politische Ehre. Nach einmal, ich bin nicht ein Verführer von Profession, nicht ein fahrender Landstreich der Konspiration, nenne ich mich meinethalben einen Soldat der Revolution. Dagegen habe ich nichts. Ein wiederholtes Ideal hat mir von Jugend an vorgeleuchtet: das freie und eine deutsche und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Segnis habe ich nach Kräften gekämpft, und für dieses Doppelseitige werde ich noch kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht!“

Liebknecht ist in seinem Leben nie ein kluger und überlegener Taktiker gewesen. In ihm schlug immer das revolutionäre Temperament durch, wenn es sich um sorgfältig zu erwägende politische Aktionen handelte. Als der „Norddeutsche Bund“ mit der Riste und dem Schwert von Bismarck aufgeführt war, schleuderte Liebknecht die furchtbaren Rannschüsse gegen die Bismarcksche Schöpfung des „Verrats und der Gewalt“. Der ganze Horn gegen den „Säkularmenschen“ brannte noch fort, als Bismarck das Deutsche Reich errichtete. Der kluge Engels sah in dem Deutschen Reich eine neue, bedeutungsvolle Wendung in der deutschen Geschichte. Er bedachte wohl, was aus dem Deutschen Reich werden würde, wenn die demokratischen Süddeutschen in den neuen Bund eintreten würden. Er verstand den Hornesdonner unseres Revolutionärs nicht. Liebknecht hat taktisch oft geirrt — aber bewundernswert war es, wie er seine mit so großem rednerischen Schwung vorgebrachte Meinung den Majoritätsbeschlüssen der Partei unterordnete. Er war ganz Demokrat, und darin der direkte Antipode Schweglers, des Diktators und Nachvollziehenden, der auf Massenbeschlüsse unter Umständen mit Staatsstreichen antwortete. Liebknecht, ein ungestümmer Wager, der seinen Kopf selbst für geringe Kampfbefehle einsetzte — Schwegler ein sorgfältiger Wäger, der alle Umstände aus vorausberechnete und sich selbst gern in Sicherheit brachte. Aus dem Kopfe Liebknechts ist jene revolutionäre antiparlamentarische Rede entsprungen, die in der Geschichte der Partei eine merkwürdige Rolle spielt hat. Aus ihr hören die oppositionellen Richtungen in der Sozialdemokratie ihre Argumente gegen die parlamentarische Taktik der Partei. Durch diese Rede geht der Donner revolutionärer Streifenklagen. „Kein Friede mit dem heutigen Staat“, das ist die Kampfbazille, die Liebknecht in die Massen schleuderte. Als die Sozialdemokratie nach jahrzehntelangen Kampfe sich endlich entschloß, sich an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen, da rief Liebknecht sein aorniges Wort dem Beklerner Propheten zu: „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis!“

Liebknecht hat in den Zeiten, in denen sich der Dand schwerer Fortschrittlichkeit und Verzweiflung auf die Seele einiger Führer legte, durch seinen tiefen, unerfütterlichen Glauben an den nahen Zusammenbruch des Bismarckschen Regimes den Mut der Massen zu heben gewußt. Die Wirkung seiner schunnavollen Ansprachen — wir erinnern hier nur an die jetzt fast verlassene Bestrebe: „Zum Schutz und Trutz“ — ist geradezu erstaunlich gewesen. Sein revolutionärer Optimismus ist unermesslich.

Liebknecht trug den Glauben an die soziale Revolution in die Massen, ja, er war und blieb bis zum letzten Atemzuge ein „Soldat der Revolution“.

Eröffnung der oberbayerischen Gewerbeausstellung in Straß

Die am Samstag eröffnete oberbayerische Gewerbeausstellung veranschaulicht durch ihre reichhaltige und gezielte Besichtigung durch Industrie, Handwerk und Kunst ein imponierendes Bild des Könnens und Wissens der oberbayerischen Bezirke des Rheins, Wiens und Beraales. Die Großindustrie die Eisen-, Elektrizitäts- und Gasindustrie, Gemische und Farbindustrie, Textil-, Holz- und Nahrungsmittelindustrie sind in geschmackvollen Kollektiv- und Einzelausstellungen vertreten. Das Handwerk, auf dessen Initiative die Ausstellung veranstaltet wurde, zeigt eine Leistungsfähigkeit in individueller Qualitätsarbeit, die geeignet ist, die Wichtigkeit des Handwerks im Rahmen des Volksgutes aus neuem auf zu beleben. Auch das Kunsthandwerk übertrifft durch Ideenreife und gute Formen.

Die Anordnung der verschiedenen Ausstellungsabteilungen in offener und geschlossener Holzhallen ist übersichtlich und wirkt lebendig. Der Ueberzeugung, daß die Ausstellung nicht nur zur Ehre Badens gereiche, sondern auch als Bekanntnis eines kraftvollen Wiederaufbaues des deutschen Vaterlandes gelte, haben sowohl die Anwesenden Vertreter der Regierung, des Landtages, der bayerischen Handwerkskammern, der benachbarten Schwabens und auch der Bürgervereine und Stadtvereine Ausdruck. Die Ausstellung dauert 6 Wochen.

Die Ausstellung „Die alte deutsche Reichspost“. Die 12. Frankfurter Kunstmesse wird in der Zeit vom 27. September bis 11. Oktober eine Ausstellung veranstalten, die dieses Mal von so viel Momenten umgeben ist als die deutsche Reichspost gewidmet sein soll. Gerade Frankfurt hat als Sitz der Reichspost, und der damit verbundenen Kunst und des Reichspostmeisters, des Fürsten von Thurn und Taxis, besonders zahlreiche Beziehungen zur alten deutschen Reichspost, die seit den Zeiten Kaiser Maximilians hauptsächlich durch die fürstliche Familie von Thurn und Taxis betreut wurde. Die Ausstellung soll aber auch außerdem die Staaten im alten deutschen Reichsverband berücksichtigen, die sich in den letzten beiden Jahrhunderten von dem Thurn und Taxis'schen Monopol freimachten: Bayern, Preußen, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Hamburg, Bremen usw. Mit der Ausstellung wird eine vollkommene Schau sämtlicher deutschen Briefmarken von der Einführung der Marken im Jahre 1849 bis zum Jahre 1870 verbunden sein. Das Thurn- und Taxis'sche Zentralamt in Regensburg, das Reichspostmuseum in Berlin, das Verkehrsministerium und das Germanische Museum in Bamberg, das Frankfurter Archiv und bedeutende Privatwünsche haben bereits ihre Mitwirkung ausgedrückt; sehr erwünscht wäre es, wenn die Nachkommen der alten Postfamilie Familienarchivalien aus der Zeit der alten deutschen Reichspost der Ausstellung zur Verfügung stellen würden.

Kunsthandel und Künstlerjahre werden, wie stets, auf der Frankfurter Kunstmesse reich vertreten sein und ihre Kunstwerke in vielfacher Weise zeigen. Die Preise für Kunstwerke sind infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression niedriger als in den letzten Jahren. Durch die heute anstehende Wirtschaftskrise-Evidenz für logenante Beste und mittlere Ware so gekürzt, daß jeder Kunstliebhaber geradezu verblüffende Erwerbungen machen kann. Ferner ist für die Kunstmesse die Vorbereitung von ganzen Räumen geplant, die im Sinne verschiedener Epochen mit echten alten Möbeln und Kunstwerken eingerichtet sind. Alle Kunstwerke werden in der Ausstellung der Frankfurter Kunstmesse im Vordergrund stehen.

Internationale der Arbeitervereine. Entschieden der Ausener Festtage wurde zwischen den Vorständen der Arbeitervereine in Deutschland, Schweiz, Tschechoslowakei und Estland-Verbindungen die Möglichkeit und Notwendigkeit besprochen, eine Arbeitervereine-Internationale zu schaffen. Es soll zunächst ein Austausch von Informationen und eine Zentrale in Berlin geschaffen werden.

Bücherchau

Karl Prager: Jakob auf der Himmelstleiter. Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Ganzleinen 2.40 M.

Ein neues Buch von Karl Prager. Kleine Geschichten sind von ihm. Der Titel hat das schmutzige Bildchen von der Spinnwebkugel, die ein Kind verbrühtenfallsen schilbert mit Spiel, Tanz und kleinen Abenteuer nach Feierabend. Eine Fortsetzung folgt dann, Weibersalsh-Krieg gegen ein ungetauftes Kind. Zur Taufe kommt; aber stattdes Kindes Löffel werden nur drei Weibersalsh. Der Kräfte sind die beiden nächsten Erzählungen. Der verlorne Vater — und die „Spinne“. Das Bildchen hat sich aber Prager für den Schluss aufgehoben: „Die Auszeichnungen eines Vaters“ über Frösche. „Frösche“ ist ein kleines Menschenlein, ein sehr lebendiger Bub. Womit er seine Tage verbringt, das erzählt uns sein Vater in einer launigen Art, durch die Vaterstolz und Liebe an allen Ecken durchschauen. Und das ist gut so, denn gerade dadurch bekommen die Geschichten von „Frösche“ etwas Frisches, Sonntiges. Wie Frösche seine Beine entdeckt, wie es sich als Sozialist betätigt und seine sonstigen Selbstanfänge ausführt, kann ich euch nicht erzählen, das müßt ihr selbst nachlesen. Und wenn ihrs getan habt, merdet ihr mir für meinen Rat danken. Das weiß ich bestimmt.

Rudolf Franke. Die Frauenwelt vermittelt mit ihrem Best 17 durch das Titelbild „Frau am Fenster“ ein Beispiel expressionistischer Kunst. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Hedwig Schwanz, Wer hat es am besten? Wilhelmine Hiesler, „Der Klumpfuß“, Dr. Ch. Steinbrüder, Max Liebermann, ein Maler der Welt, statt mit vorzüglichem Reproduktionen. Das Buch enthält neben der Modenschau, „Selbst ist die Frau“ auch die Beilage „Kinderland“. Jedes Best 30 Pf. Mit Schmittmüller'schen 10 Bg. mehr. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Buchvertriebsstellen.

Die Verfassungsfeier in Karlsruhe

Karlsruhe, 11. Aug. Die Verfassungsfeier am Dienstagabend, zu der Staatsminister und Stadtoberverwaltung eingeladen hatten, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für die deutsche Republik. Der mit den Reichs- und Landesfarben geschmückte große Festballsaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach dem Huldigungsmarsch von Gries, anspielt von der Vereinigung der badischen Polizeimuster, ergriß

abgehalten werden. Trotz der widrigen Umstände zeigte sich, daß auch in Karlsruhe die Idee der Verfassungsfeier weiter an Boden gewonnen hat.

Verfassungsfeiern im Lande

w. Heilsberg. Dienstag morgen fand auf dem Marktplatz eine Verfassungsfeier statt, wobei Oberbürgermeister Dr. Wals in schwungvoller Rede die Bedeutung des Tages würdigte. Hierauf zog die Menge zum Friedhof, wo am Grab Eberts ein prächtiger Kranz niedergelegt wurde.

W. Freiburg i. Br. In großer Zahl war die Bürgerschaft und die Spitzen der kommunalen und staatlichen Behörden von Freiburg der Einladung des Stadtrates zu einer öffentlichen Feier des letzten Jahrestages des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung gefolgt. Orchesterdirektor und Arbeiterführer trugen durch wohlklangene Darbietungen zu einem eindrucksvollen Verlauf der Veranstaltung bei. Die Festrede hielt der badische Staatspräsident Dr. Sellpach. Mit der Weimarer Verfassung sei Deutschland in die Reihen der germanischen Demokratien einetreteten. Durch seine zentrale Lage in Europa sei Deutschland bestimmt, bei der Vereinigung der europäischen Nationen zu einer großen Gemeinschaft eine führende Rolle zu spielen. Der Anstoß der Demokratie sei nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Die Aufgabe der Zukunft sei, einen Ausgleich zu finden zwischen Freiheit und Ordnung. Dr. Sellpach schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes und musikalischen Beiträgen nahm die Feier ihr Ende.

Stollingen. Unter äußerst zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung fand im Festballsaal die Verfassungsfeier statt. Der Musikverein unter Leitung seines tüchtigen Dirigenten Herrn Krause eröffnete die Feier mit dem Marsch „In Treue fest“. Ihm folgte der Gesangsverein „Freundschaft mit dem Vortrag des Liedes „In den Alpen“. Nach der Hymne des 3. Aktes aus „Rienzi“ durch den Musikverein hielt Bürgermeister Dr. Pötter die Festansprache zur Verfassungs- und Rheinlandefeier. Nach dem allgemeinen Gesang des ersten Verses des Deutschlandliedes trug der Musikverein noch einige Musik- und die „Freundschaft“ noch einige Gesangsstücke vor. Nach dem Festakt bewegte sich trotz des Regens eine gewaltige Menge in den Rathadendpark, wo zur Feier des Tages ein prächtiges Feuerwerk abgebrannt wurde.

Söllingen. Die Verfassungsfeier wurde in unserer Gemeinde in würdiger Weise begangen. Um 2 Uhr bewachte sich unter Vorantritt der Söllinger Musikkapelle ein stattlicher Festzug mit der Schuljugend und sämtlicher Lehrer durch den Ort auf den Sportplatz der freien Turner beim Feldschloßchen. Dort weiteten sich die verschiedenen Vereine darin, ihr Bestes zu geben, um die Feier zu verschönern. Besonders erwähnt sei der schöne Gesang der Schüljugend. Arbeitersekretär Erb Karlsruhe hielt die Festrede. Aufmerksam folgten die zahlreich erschienenen Festgäste, unter denen auch manche Nichtrepublikaner waren, den Ausführungen, die angelegentlich beifall fanden. Zu Ehren unserer ganzen Gemeinde sei gesagt, daß diesmal (von wenigen Ausnahmen abgesehen) nahezu keins der Arbeit unterließ. Allen Mitwirkenden sei auch an dieser Stelle Dank gesagt.

h. Weiber b. Bruchsal. In recht würdiger und schöner Weise wurde heute von der Gemeinde die Verfassungsfeier begangen. Von 1-2 Uhr nachmittags war Platzkonzert. Um 2 Uhr zog der Festzug nach dem Festplatz voran die beiden hiesigen Musikkapellen. Ihnen folgte die Schüljugend mit der gesamten Lehrerschaft, sowie die verschiedenen Vereine. Gut ausgeführte Freilichtspiele, Spiele und Gesänge der Schüler, sowie schöne Konzerte der beiden Kapellen gaben dem Ganzen ein feierliches Gepräge. Den Schluß bildete eine allgemeine Volksbeteiligung und Frezelvertellung an die Schulfelder.

Staatspräsident Dr. Sellpach das Wort zu einer formvollendeten, gedankentiefen Ansprache, worin er zunächst den neuen Reichspräsidenten von Hindenburg grüßte und mit Genugtuung feststellte, daß derselbe alle Empfindungen und Anschauungen, die ihm aus dem preußischen Konservatismus heraus anerzogen wurden, beiseite gelassen habe und vom ersten Tage seiner Wahl an ohne Zweifel auf den Boden der neuen Dinge und der Verfassung getreten sei. Der Redner erinnerte dann an die schwere Zeit von 1918, da der letzte kaiserliche Kanzler die Macht in Friedrich Eberts Hände gelegt habe, der von dieser Stunde an bis zu den Tagen von Weimar um die Verwirklichung des demokratischen Gedankens in Deutschland gerungen habe. Mit der Weimarer Verfassung sei das Deutsche Reich in die stolze, nunmehr geschlossene Reihe der germanischen Demokratien einetreteten. Das Deutsche Reich habe sich in überraschend kurzer Zeit trotz der Geburtswehen, trotz aller Anfeindungen als Demokratie und Republik befestigt. Die Weimarer Verfassung sei zum staatlichen Fundament geworden. An sie knüpfte sich das stolze Bewusstsein, daß der alte germanische Ansehens des Stammeswesens im neuen Deutschland überwunden und überwunden wurde.

Der Staatspräsident betonte weiter, daß die verfassunggebende Nationalversammlung ihr Werk mit guten Gründen nicht auf ein einzelnes Prinzip aufbaute, sondern darauf bedacht war, zwischen den verschiedenen im Staate vorhandenen Kräften auszuwählen. Ausblickend in die Zukunft erachtete es der Redner als ein realpolitisches Gebot, daß sich eines Tages die Staaten Europas zusammenfinden, und dabei werde das zentral gelegene Deutschland eine führende Rolle zu spielen haben.

Staatspräsident Dr. Sellpach kam in diesem Zusammenhang auf die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland zu sprechen. Er findet es unannehmlich mit der Würde der deutschen Nation, daß ihr allein das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen werden soll, während dieses den Kleinen und Kleinsten zugesichert wurde. Es sei aber auch realpolitisch unvertretbar, da der Zusammenschluß zu einem großen mittel-europäischen Nationalstaat die Voraussetzung für die Einigung Europas sein werde, der Friede von St. Germain zu einem lebensunfähigen Gebilde gemacht; es bleibe also nur der Anschluß an Deutschland übrig. Der Redner legt alles Gewicht auf die Kleinarbeit für die großdeutsche Sache. Verfassung, Recht, Kunst und Wissenschaft, sie alle müßten arbeiten für das große deutsche Reich, damit die Verheißung in Abschnitt 61 der Verfassung so zur Erfüllung werde. Der Redner schloß mit dem Gebetsruf: „Opferwilliger Arbeit für den freien deutschen Volksstaat.“ Begeistert stimmte die Menge in das Hoch auf das deutsche Vaterland und die deutsche Republik ein. Damit war die erhabende Feier beendet.

Die Nachfeier im Stadtpark mit Konzert der Polizeimuster hatte unter dem etwa um 9 Uhr einsetzenden feinen Schwebregen zu leiden. Die Seebeleuchtung konnte immerhin

Die große Verfassungsfeier in Berlin

Wie Ankunft der Fahnenkompagnie des Reichsbanners auf der Treptower Seelwiese, wo eine ungeheure Menschenmenge versammelt war.



Die Finanzreform

Der Reichstag hat die Steuerreform angenommen. Damit ist eine Finanzreform unter Dach und Fach gebracht, die die veranschlagte Belastung allein nach dem ordentlichen Haushalt von 6,2 Milliarden auf 6,4 Milliarden erhöht. Dazu treten außerordentlichen Einnahmen nach dem Vorschlag im Reiches auf Grund der neuen Steuerregelung auf 7,075 Milliarden veranschlagen lassen. Die vorgenommene Mehrbelastung ist sehr bedeutend. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß bei den verschiedenen Steuern, wie gerade die Wägen belasten, z. B. bei der Umsatzsteuer und dem Lohnsteuer, die Sätze genau wie während des Steuer-

jahres 1924-25, maßlos überpannt sind. So ergaben 1924-25 die Einkommensteuern 2 210,61 Millionen, die Verbrauchssteuern 1 902,27 Millionen und die allgemeine Umsatzsteuer 1 794,5 Millionen, gegenüber dem Voranschlag, der für die Einkommensteuer 1 344 Millionen, für die Verbrauchssteuer 989,7 Millionen und für die Umsatzsteuer 1 260 Millionen Markt vorsah. Eine ähnliche die Massen belastende Entwidlung dürfte sich auch im laufenden Steuerjahr ereignen. Was das bedeutet, ergibt sich am besten aus der Tabelle, die die wirtschaftlichen Einnahmen aus direkten Steuern, Verbrauchssteuern, Zöllen, Verbrauchssteuern, Monopol- und sonstigen Einnahmen 1913-14 rund 1 967,5 Millionen, 1924-25 aber 7 311,7 Millionen Markt betragen.

Das Kabinett Luther-Schlieffen und die Regierungsparteien einschließlich des Zentrums zeichnen für die dem deutschen Volk zugemutete Neubelastung verantwortlich. Vater des grotesken Steuerwerkes ist aber das deutsche Unternehmertum. Das erklärt auch die Grundtendenzen der Steuerreform: Entlastung des Besitzes, Schonung der großen Vermögen und weitere Belastung der breiten Schichten in einer Zeit, wo jede Steuerreform rückwärts in den Dienst der Belebung und Sanierung der Wirtschaft hätte gestellt werden müssen. Sätten die Steueremacher in der Regierung und in den Regierungsparteien wirkliches Verständnis für unsere Wirtschaftslage gehabt, dann hätten sie rückwärts die Produktion von den sie hemmenden steuerlichen Fesseln befreit, in der klaren Erkenntnis, daß die Gesundung unserer Finanzen nur das Ergebnis einer Sanierung sein kann, die unsere Wirtschaft wieder wirtschaftlich rentabel macht. Wenn anstelle Schlieffens und seiner Satrapen ein Mann gestanden hätte, erfüllt von dem Geiste, den z. B. die Politik der Kreditrestriktionen bei dem Präsidenten unserer Reichsbank Dr. Schacht verrät, dann hätte er sich in der Steuerreform ein Instrument verschafft, durch das er die Wirtschaftssanierung erzwingen und gleichzeitig die Reichsfinanzen von Grund auf saniert hätte.

Schlieffen hat sich dieses Instrument nicht geschaffen. Er glaubte das deutsche Unternehmertum, das im Substrat der Unrentabilität fast erstickt, schonen zu müssen. Selbstverständlich ist nun, daß die Wirtschaft von heute — und das kann ganz allgemein gelten — kaum eine weitere steuerliche Belastung ertragen kann, weil sie sich selbst unrentabel macht. Die große Frage in unserer Wirtschaft heißt aber Steigerung der Kaufkraft, Verbilligung der Produktion, Erhöhung der Reallohn und Verbrauch. Das Gegenteil ist der Sinn der ickischen Finanzreform des deutschnationalen Finanzministers: sie droht die Kaufkraft weiter, verlanjant das Tempo in Produktion und Zirkulation der Ware, vergrößert die schließende Wirtschaftskrise!

Verhinderung des Arbeitsmarktes, Steigerung der Arbeitslosigkeit und höhere soziale Belastung für Wirtschaft und Staat — so wird das Ergebnis dieser Finanzreform praktisch und in Kürze aussehen. Die Sozialdemokratie hat bis zuletzt versucht, das drohende Unheil abzuwehren. Es ist ihr nicht gelungen, dank der Brutalität der Regierungsparteien und der Wähler vom 7. Dezember 1924, die ihren Stimmzettel für die Schlieffen und Konsorten abgaben. Für sie wird das Schlieffen'sche Kunstwerk ein schreckliches Erwachen bedeuten.

Kleine badische Chronik

Planstadt bei Schwetzingen. Am Freitagabend erlitt der Motorfahrer Jakob Klein durch einen Sturz auf der Enkelheimer Landstraße schwere Verletzungen. Auch das Motorrad wurde schwer beschädigt.

Günstfeld bei Tauberbischofsheim. (Tödlicher Unfallfall.) Der Handelsmann Rosenbaum von Würzburg verunglückte dadurch tödlich, daß er beim Passieren eines engen Durchganges von einem Pferdetrupel an die Wand gedrückt wurde.

Wichtige Ernennungen der Unterrichtsverwaltung. Die Neubesezung von 9 Direktorenstellen im höheren Schulwesen ist nunmehr vom Staatsministerium vollzogen worden und zwar wurden ernannt: Zum Direktor der höheren Mädchenschule (Elisabethschule) in Mannheim Prof. Karl Kühn, der höheren Mädchenschule in Heidelberg Prof. Dr. Kurt Zeh, der Oberrealschule in Heidelberg Prof. Fridolin Stiefeler, der höheren Mädchenschule (Fischelgasse) in Karlsruhe Prof. Dr. Hermann Franz, der Oberrealschule in Forstheim Direktor Philipp Pfeffer, der höheren Mädchenschule in Forstheim Prof. Dr. Eugen Thoma, der Realschule in Freiburg Kreisrat Paul Huber, der Neuburg-Oberrealschule in Freiburg Direktor Dr. Albert Kunenmüller, des Gymnasiums in Konstanz Prof. Max Weber, Mitglied des Landtages. — Im Bereich des Volksschulwesens haben gleichzeitig die folgenden Beförderungen stattgefunden: Schulpflichter Karl Merk zum Kreisrat in Stodach, Hauptlehrer Oskar Hoffmann zum Schulpflichter beim Kreisrat in Freiburg, Hauptlehrer Josef Strobel zum Schulpflichter beim Kreisrat in Heidelberg (Schulpflichter Mannheim) und Hauptlehrer Friedrich Vaubin zum Schulpflichter beim Kreisrat in Heidelberg.

Die konsularische Vertretung Portuvals in Baden. Walter Gottfried Kummer in Mannheim ist zum vorläufigen Konsul in Mannheim ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wurde er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in seinem Amtsbezirk, der den Landeskommissariatsbezirk Mannheim umfaßt, zugelassen.

Walfabri. Die Verwaltung der A. Walfabri-Zigarettenfabrik A. G. Baden-Baden teilt dem W.F. folgendes mit: Die in den letzten Tagen zuerst in einem Münchener Abendblatt erschienenen und dann von einer Reihe anderer Zeitungen ohne Prüfung übernommene Nachricht, die A. Walfabri-Zigarettenfabrik A. G. Baden-Baden sei in den Besitz einer französischen Gruppe übergegangen und habe eine Steuer-schuld nur mit Hilfe des französischen Konsortiums abdecken können, ist in allen Teilen frei erfunden. Ebenso unrichtig ist, daß zuvor schon ein größeres Aktienpaket in den Besitz der französischen Gruppe übergegangen sei. Wir erklären hierdurch ausdrücklich, daß 65 Prozent des Aktienkapitals im Besitz der Familie Walfabri sind, wovon die überwiegende Mehrheit sich in den Händen des Herrn Generaldirektor Robert Walfabri befindet. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich nur aus Freunden und Angehörigen der Familie Walfabri zusammen. Jegend ein Einfluß ausländischer Interessen auf unser Unternehmen besteht in keiner Form. Wir lesen Wert darauf, zu erklären, daß die A. Walfabri-Zigarettenfabrik Baden-Baden als eine der ältesten deutschen Zigarettenfabriken ein rein deutsches Unternehmen ist.

Bücherschau

„Lachen links“ als jüdische Dialekt-Sondernummer: Die Nummer 33 des republikanischen Wochens „Lachen links“ ist als jüdische Dialekt-Sondernummer erschienen. Ihr gesamter Inhalt ist ausschließlich auf jüdischen Humor bestimmt. Zahlreiche Anecdotes und Volksweise aus dem Lande der „Lachen links“, vermittelt durch die Hauptmitarbeiter dieser Nummer Hans Reimann und Erich Reimann garantieren neben anderem eine Fülle köstlichen Humors. Die zeichnerischen Beiträge von Karl Holz, Herbert Anger, u. a. sind auf den gleichen Ton bestimmt, jedoch die jüdische Dialekt-Sondernummer von „Lachen links“ eine freudige Aufnahme finden wird. Jede Nummer 20 Pfg. zu beziehen durch jede Postanstalt und Volksbuchhandlung.



Auxolin
KOPF-UND HAARWASSER

Flasche 2 u. 3 u.

stärkt u. reinigt den Haarboden, verhindert die Schuppenbildung u. hinterläßt einen lieblichen, zarten Veilchengesuch.

F. WOLFF & SOHN - KARLSRUHE

Pelz-Aenderungen u. Reparaturen

Bei Pelz-Aenderungen u. Reparaturen ist es von großer Wichtigkeit, daß diese von gelehrten Facharbeitern ausgeführt und nicht durch unkundige Hand wertlos gemacht werden. In unserer Großkürschneerei sind nur erste tüchtige Kürschner beschäftigt u. wird auch der einfachsten Arbeit größte Sorgfalt gewidmet. Außerdem haben Sie fachmännische Beratung und vorherige genaue, allerbilligste Kostenfestsetzung mit Zahlungserleichterung. 4272

Grosskürschneerei **Wilh. Zeumer**
Karlsruhe, Kaiserstraße 125/127.

KAFFEE BAUER

Heute Mittwoch, 9 1/2 Uhr abends

Großes Sonderkonzert
der verstärkten Kapelle.

Aus dem Programm: 4228

Rienzi Ouverture . . . Wagner
Capriccio Italien . . . Tschalkowski
Konzert für Viola . . . Ritter

Solist: Konzertmeister Karl Weibinger

Volkschauspiel Detigheim
bei Raßlau.

Die Passion

Aufführung jeden Sonn- u. Feiertag vom 14. Juni bis Ende September auf großartiger Naturbühne.

Preise: 1 bis 6 Mk. Gedekter Fußgängerraum. Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr.

Vorverkauf: Detigheim Theaterkasse, Telefon 61 Raßlau. Vorverkaufsstellen Karlsruhe: Berderische Buchhandlung, Herrenstraße 11/12, Mühlhaus, Kaiserstraße Brunner, Jagarengeschäft, Kaiserallee Zeitungsbüro bei Germania Kreuz, Buchhandlung, Bonmeisterstraße Verkehrsbüro, am Bahnhof. 3506

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502

Nur 3 Tage!
Heute, Donnerstag und Freitag!

Großer Doppel-Spielplan:
Der letzte der Mohikaner.
Sechs sensationelle Akte nach dem berühmten Roman „Lederstrumpf“ von James F. Cooper. 4221

„Er“ auf der Fuchsjagd.
Eine Filmgroteske in 3 Akten.
In der Hauptrolle: **Harold Lloyd.**
Jugendliche haben nachmittags Zutritt.

Allg. Ortskrankenkasse Karlsruhe
Zahlungs-Aufforderung

Der Einzahlungstermin der Beiträge zur Krankenversicherung und Erwerbslosenfürsorge für den abgelaufenen Monat derjenigen Arbeitgeber, welche die Beiträge allmonatlich in der Zeit vom 4. bis 10. zu entrichten haben, ist abgelaufen. Die in Bezug gekommenen sämmtlichen Schuldner werden aufgefordert, bei dem jetzt bestimmenden Einzug durch den Kassenvorstand an letzteren bei Vorzeigen des Forderungsscheins sofort Zahlung zu leisten. Wird an den Kassenvorstand nicht sofort Zahlung geleistet, dann gilt die Stilllegung des Forderungsscheins als wiederholte Mahnung. In letzterem Falle erfolgt alsbald ohne weiteres die Zwangsverhaftung, wobei der Kassenvorstand berechtigt ist, Versauungszinsen, sowie eine Verbindungsanordnungsgebühr zu erheben. Die Krankentagebeiträge sind bis zur vorläufigen Abmeldung zu bezahlen.

Arbeitgeber, welche nach jeder Lohnzahlung die Beiträge mit Nachweisung einzahlen, werden von dieser Mahnung nicht berührt.

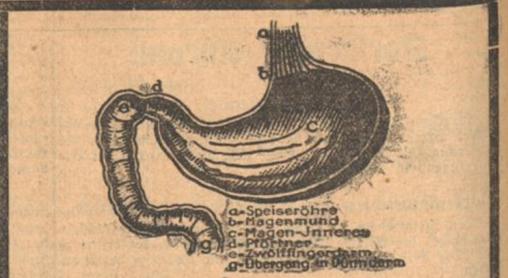
Karlsruhe, 10. August 1925. 4526

Der Kassenvorstand. Verwaltungsdirektion. E. G. m. u. D.

10% RABATT erhalten Sie
trotz billiger Preise in
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1 Treppe

Kinderbeistelle (weibl.)
Eleganzwagen zu verkaufen. W. Schölze, Bismarckstr. 56, Stb. 4827

Zu verkaufen: Schöne Gaslampe u. Küchenlampe
Wiefel, Marktstr. 12. 4828



Der Magenkatarrh

im chronischen Stadium zählt zu den hartnäckigsten und unangenehmsten Krankheiten, die den Menschen überhaupt befallen können. Er macht sich hauptsächlich bemerkbar durch Appetitlosigkeit, abwechselnd mit Heißhunger, Sodbrennen, Druckgefühl in der Magengegend, belegte Zunge, pappigen Mundgeschmack, üblen Mundgeruch, Aufstoßen, Stuhlverstopfung usw. und führt allmählich zu tiefgreifenden Ernährungsstörungen. Da sich der chronische Magenkatarrh gewöhnlich aus dem akuten Magenkatarrh entwickelt, so kann derselbe nicht ernst genug genommen werden und ist unbedingt sofort gegen denselben einzuschreiten, am besten mit der bewährten

„Gastromaltose“-Kur

Gastromaltose ist ein rein natürliches Pflanzenprodukt, absolut unschädlich, begutachtet und empfohlen von maßgebenden ärztlichen Autoritäten, fördert den Appetit, die Verdauung und die allgemeine Magenstätigkeit und wird wegen seines angenehmen Geschmacks und Geruchs von den Kranken ausnahmslos gerne genommen. Zur näheren Aufklärung erhalten alle Interessenten die wichtige Broschüre über die Heilwirkungen der „Gastromaltose“ 777

*** gratis und franko ***
zugeschickt von L. Flebig, pharmazeutische Großhandlung
Karlsruhe 109 / Gastromaltose ist in allen Apotheken zu haben

Wiener Operette im Stadt. Konzerthaus.

Heute Mittwoch, den 12. August, abends 7 1/2 Uhr
Das fröhliche Singspiel vom Rhein:

Die Frühlingsfee
von Viktor Corzilius 4525

Billets von Mk. 1.50 b. 5.50 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-Brunner, Kaiserallee; Holzschuh, Werdenerstr. 48 und an der Tageskasse. Morgen: Zum 1. Male Ein Walzertraum.

Raßlatter Anzeigen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Raßlau-Land.

Die Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten im Verein der Allgemeinen Ortskrankenkassen Raßlau-Land finden am Samstag, den 26. September 1925

jeweils auf dem Rathaus der nachfolgend bezeichneten Gemeinden, zu den ebenfalls nachfolgend bezeichneten Stunden statt.

Es wählen:

1. die Arbeitgeber von 10 bis 12 Uhr vormittags;
2. die Versicherten von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends.

Zu wählen sind:

im Wahlbezirk I: umfassend die Gemeinden Durmersheim, Au a. Rh., Bietigheim, Echesheim, Illingen, Orzheim, Steinmarn, Wilmersheim, 9 Vertreter und 18 Ersatzleute.

im Wahlbezirk II: umfassend die Gemeinden Affelsheim, Offersdorf, Bügelsheim, Wittersdorf, Söllingen, Wintersdorf, 3 Vertreter und 6 Ersatzleute.

im Wahlbezirk III: umfassend die Gemeinden Muggensturm, Waldbruchsmeier, Obermeier, Raubetal, 6 Vertreter und 12 Ersatzleute.

im Wahlbezirk IV: umfassend die Gemeinden Ruppenheim, Bismarck, Niederbüßel, Oberndorf, 9 Vertreter und 18 Ersatzleute.

im Wahlbezirk V: umfassend die Gemeinden Ganganau und Rotenfels, 9 Vertreter und 18 Ersatzleute.

Der zu wählende Ausschuss besteht aus 36 Vertretern, von denen ein Drittel von den beteiligten Arbeitgebern und zwei Drittel von den volljährigen Versicherten in aus ihrer Mitte und zwar getrennt gewählt werden.

Beisitz sind solche Arbeitgeber, die für ihre Versicherungspflichtigen Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, welche selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, andernfalls zu den Versicherten.

Seitens der Versicherten sind wahlberechtigt alle der Kasse angeschlossen versicherungspflichtigen und versicherungsberechtigten 21 Jahre alten Personen, ohne Unterschied des Geschlechts.

Für die Wahlbarkeit haben die Arbeitgeber bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Arbeitgeber, die mehrere Versicherungspflichtige beschäftigen, führen bis zu 100 versicherungspflichtigen Beschäftigten für je angelegene 10 und wegen der über 100 hinausgehenden Zahl für je angelegene 20 Beschäftigte 1 Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Wähler als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind Arbeitgeber unabhängig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstand sind; ferner Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind.

Nicht wählbar ist:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Begehung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt worden ist, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet worden ist;
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:

1. das 60. Lebensjahr vollendet hat;
2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen;
4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt; die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsregierung einer Gegenvormundschaft gleich;
5. nur Dienstboten beschäftigt;
6. während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zureichenden Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes mit Geldstrafe bis zu 500 Mk bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche mit dem Statut bei der Geschäftsstelle der Kasse erhältlich ist.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten.

Die Wählerlisten, als welche das Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis gelten, können bei der Geschäftsstelle in Raßlau, Herrenstraße 32, eingesehen werden. Etwasige Einsprüche wegen der Richtigkeit derselben sind bei Vermeldung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen.

Zwei Wochen vor dem Wahltag werden sämtliche Wähler durch eine Karte über ihre Wahlberechtigung benachrichtigt.

Die Wahlausschüsse sind befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung eines jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis zur Wahl mitzubringen. Als solcher gilt auch die ausgestellte Wahlkarte.

Wahlberechtigte, die keine Wahlkarte haben, werden zur Wahl zugelassen, wenn sie in einer alle Mitglieder des Wahlausschlusses übersetzenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen.

Wir fordern die Beteiligten hiermit auf, Wahlvorschläge für die Ausschuhwahl gemäß § 7 der Wahlordnung bei dem Vorstande einzureichen und weisen darauf hin, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die von vier Wählern vor dem Wahltag, das ist bis längstens 28. August 1925, abends 6 Uhr, bei dem Vorstande eingereicht und daß die Stimmgebung an diese Wahlvorschläge gebunden ist. Verbundene Wahlvorschläge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung im Rahmen der Wahlordnung durch den Vorstand einesehen werden.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein und dürfen höchstens nur einem Bewerber benennen, als Vertreter und Ersatzmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber anzugeben. Mit dem Wahlvorschlag für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist, eine solche Erklärung für Arbeitgeber ist eine vorgeschriebene Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung (§ 82 der Statuten) zur Ablegung der Wahl befugt ist.

Die Stimmzettel sollen von weicher Farbe sein und in einer Größe von 21,33 Zentimeter im Längsmaß und auf den Inhalt der Statuten und Wahlordnung verweisen.

Raßlau, den 6. August 1925.

Allgemeine Ortskrankenkasse Raßlau-Land.
Der Vorstand.
J. A. Stefan Weber, 1. Vorsitzender.

Druckarbeiten
aller Art liefert die Buchdruckerei, Werdenerstr. 24.